



www.laender-analysen.de/ukraine

WAHLKAMPF 2014

UKRAINISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN IN UMFragen

MILITÄRKONFLIKT IN UMFragen

■ ANALYSE		
Die Ukraine wählt: die politische Landkarte im Vorfeld der Parlamentswahlen		2
Von Iryna Solonenko, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Parteien vor den Parlamentswahlen 2014		6
Stimmung vor der Wahl		8
■ ANALYSE		
Euromaidan goes Parliament: Wer sind »die neuen« ParlamentskandidatInnen?		10
Von Susann Worschech, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die neuen ParlamentskandidatInnen: Netzwerkanalyse		15
■ DOKUMENTATION		
Vorwahlbericht des Bürgernetzes OPORA (2.10.2014)		16
Vorwahlbericht des Wählerausschusses der Ukraine (7.10.2014)		18
■ UMFRAGE		
Ukrainisch-Russische Beziehungen in Umfragen		20
■ UMFRAGE		
Der Militärkonflikt in Umfragen		28
■ CHRONIK		
29. September – 12. Oktober 2014		35
■ LESETIPP		
Kasachstan im Ukraine-Konflikt: Zentralasien-Analysen 81		38



Die Ukraine wählt: die politische Landkarte im Vorfeld der Parlamentswahlen

Von Iryna Solonenko, Berlin

Zusammenfassung

Am 26. Oktober finden in der Ukraine vorgezogene Parlamentswahlen statt. Nach den Euromaidan-Protesten wurde im Februar die neue Regierung ernannt, im Mai wurde der neue Präsident gewählt. Die Wahl des neuen Parlaments vollendet den Prozess der Erneuerung der politischen Institutionen nach dem Euromaidan. Ob diese Erneuerung auch eine Erneuerung des Systems der Regierungsführung mit sich bringen wird, ist jedoch noch nicht klar.

Einleitung

Die Ukraine erlebt momentan die größten Turbulenzen ihrer jüngeren Vergangenheit. Einerseits haben sich nach dem Euromaidan und der Ratifizierung des Assoziationsabkommens Chancen für Reformen aufgezeigt. Andererseits sind die von Putins Russland ausgehende externe Aggression und die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine ein Hebel, um den Reformprozess ernstlich zu stören. Ob das am 26. Oktober neugewählte Parlament in der Lage sein wird, die Reformchancen zu nutzen, ist bislang alles andere als klar. Die Wahlen sind eine gute Gelegenheit, den legislativen Apparat zu erneuern, der sich im Zuge des Euromaidan weitgehend disqualifiziert hat. Sie ebnen neuen Persönlichkeiten den Weg ins Parlament. Gleichzeitig sichern die alten Spielregeln und die starke oligarchische Rückenbedeckung der größeren politischen Projekte das Comeback vieler alter Politiker, unter ihnen auch enge Verbündete Janukowitschs. Wer sind die politischen Kräfte und Persönlichkeiten, die um den Einzug ins Parlament kämpfen? Was sind ihre Agenden? Was sind die Besonderheiten dieser Wahlkampagne?

Grundlegende Fakten

Am 30. September endete die Registrierung der Kandidaten für die Parlamentswahlen am 26. Oktober. Das Zentrale Wahlkomitee registrierte 52 politische Parteien mit 3119 Kandidaten auf den Parteilisten und 3486 Kandidaten in den Einzelmandatswahlbezirken.

In allen zehn Einzelmandatswahlbezirken auf der Krim, in etwa der Hälfte der Einzelmandatswahlbezirke in den Regionen Donezk (insgesamt 21) und Luhansk (insgesamt 11), die von prorussischen Separatisten kontrolliert werden, werden keine Wahlen stattfinden. Das bedeutet, dass etwa 25 Sitze in der Werchowna Rada vorerst unbesetzt bleiben und besetzt werden, sobald es in den entsprechenden Bezirken möglich ist, Wahlen abzuhalten.

Das gemischte Wahlsystem ist noch in Kraft, so dass die Hälfte der Parlamentssitze von Kandidaten der

Parteilisten besetzt wird und die andere Hälfte durch Kandidaten, die in den Einzelmandatswahlbezirken gewonnen haben.

Die großen politischen Akteure

Die politische Szenerie ist im Vorfeld der Parlamentswahlen sehr von der Pro-/Nicht-Maidan-Trennlinie geprägt. Ein weiterer Konflikt herrscht zwischen den friedensbefürwortenden Parteien – einige treten für einen Frieden »um jeden Preis« ein, das meint die Aufgabe eines Teils des ukrainischen Territoriums und Zugeständnisse an die Separatisten, andere vertreten die Auffassung, dass Krieg eine militärische Reaktion erfordert.

Das Pro-Maidan-Spektrum

Das Pro-Maidan-Spektrum repräsentiert jenes Spektrum politischer Kräfte, die in Opposition zu Janukowitsch standen und jetzt an die Macht gekommen sind. Es sind die politischen Parteien, die sich um Persönlichkeiten wie Präsident Petro Poroschenko versammeln oder um Kiews Bürgermeister Witali Klitschko, Ministerpräsident Jazenjuk, Julia Timoschenko, die frühere Ministerpräsidentin und ehemals inhaftierte Führerin der Opposition gegen Janukowitsch, um Anatoli Hryzenko, der zur Zeit von Juschtschenkos Präsidentschaft Verteidigungsminister war, den Innenminister des Timoschenko-Kabinetts Juri Luzenko, der ebenfalls der selektiven Justiz unter Janukowitsch zum Opfer fiel, und um den Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, um einige der Bekanntesten zu nennen.

Zur neuen Partei Block Petro Poroschenko, die früher Solidarität hieß, gehören Vertreter von Witali Klitschkos UDAR und Jurij Luzenkos Dritte Ukrainische Republik. Mit über 18 Prozent Unterstützung (s. Grafik 1 und Tabelle 1 auf S. 6) ist sie momentan die beliebteste Partei. In ihrer Wahlkampagne betont sie die Einheit des Landes und die Bedeutung verschiedener politischer Kräfte. Bekannte Persönlichkeiten auf ihrer Liste sind etwa Olha Bohomolez, eine

bekannte Ärztin, die auf dem Maidan aktiv war, Wolodymyr Groisman, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Regionalentwicklung, und Mustafa Dschemilew, der Anführer der Krimtataren. Auch etliche zivilgesellschaftliche Aktivisten und Journalisten stehen auf der Liste, zum Beispiel Mustafa Najem, Serhij Leschtschenko und Switlana Salischtschuk.

Julia Timoschenkos Partei Vaterland rangiert in den Umfragen auf Platz drei (nach der Radikalen Partei). Sie hat eine Krise erlebt, vor allem wegen Timoschenkos verlorengangener Popularität, versucht jetzt aber, diese Popularität durch neue Gesichter in der Liste wieder aufzubauen, unter ihnen die bekannte ukrainische Pilotin Nadja Sawtschenko, die in Moskau inhaftiert ist und auf ihren Prozess wartet. Außerdem hat die Partei einen Wettbewerb unter jungen im Ausland studierenden Ukrainern ausgeschrieben, von denen zwei für die obersten Listenplätze ausgewählt wurden.

Nachdem Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und der Vorsitzende der Werchowna Rada, Oleksandr Turtshinow, Julia Timoschenkos Partei verlassen und über eine gemeinsame Parteiliste mit Poroschenko verhandelt hatten, gaben sie die Gründung der Volksfront bekannt, eines eigenen politischen Projekts, das angesichts von Arsenij Jazenjuks persönlicher Beliebtheit gute Chancen hat, die Sperrklausel zu überwinden und ins Parlament einzuziehen. Diese Partei verwendet militärische Symbolik in ihrer Kampagne und präsentiert etliche Vertreter von Freiwilligenbataillonen sowie so bekannte Journalisten wie Tetjana Tschernowol und Viktoria Siumar, die nach dem Euromaidan beide schon einige Erfahrung in öffentlichen Ämtern gesammelt haben.

Die Pro-Maidan-Gruppe umfasst zwei weitere Parteien. Die Partei Bürgerliche Position des ehemaligen Verteidigungsministers Anatolij Hryzenko tritt gemeinsam mit einer jungen Partei auf, der Demokratischen Allianz. Die Partei Selbsthilfe, eine weitere junge Partei des Lwiwer Bürgermeisters Andrij Sadowyi, versammelt auf den ersten zehn Listenplätzen Experten der zivilgesellschaftlichen Initiative Reanimation Package of Reforms sowie etliche Fachleute, Journalisten und Vertreter des Freiwilligenbataillions Donbass. Sowohl Selbsthilfe als auch Demokratische Allianz schafften es bei den Wahlen im Mai bis ins Kiewer Rathaus.

Schließlich kann auch die oben bereits erwähnte rechtsradikale Partei Freiheit zu diesem Spektrum gezählt werden. Nur 2,2 Prozent der Wahlberechtigten unterstützen diese Partei, was in starkem Kontrast zu den zehn Prozent der Stimmen steht, die sie bei den Parlamentswahlen 2012 erzielt hat. Damals sprachen ihre nationalistischen Ideen Wähler an, die mit Janukowitschs Politik, Putin in die Hände zu spielen, nicht

einverstanden waren. Heute, da Patriotismus de facto Staatsideologie ist, hat die Partei wenig anzubieten. Interessanterweise betont sie in ihrer Wahlkampagne, dass jeder ihrer Fraktionsabgeordneten, anders als bei anderen Parteien in der Werchowna Rada, für das im September verabschiedete Lustrationsgesetz gestimmt hat.

Wichtig ist auch, dass sich die Parteien des Pro-Maidan-Spektrums in einigen Fällen auf gemeinsame Kandidaten in Einzelmandatswahlbezirken geeinigt haben, obwohl sie mit eigenen Parteilisten antreten (am häufigsten gilt das für Petro Poroschenkos Block und die Partei Freiheit). Arsenij Jazenjuk gab außerdem bekannt, dass er in dem zukünftigen Parlament bereit wäre, eine Koalition mit dem Block Petro Poroschenko einzugehen. Dass Poroschenko und Jazenjuk sich uneinig darüber sind, ob im Umgang mit dem Konflikt in der Ostukraine ein Kompromiss mit den prorussischen Aufständischen oder eine militärische Lösung zu bevorzugen ist, könnte jedoch die Bildung einer Mehrheitskoalition im neuen Parlament, die die Pro-Maidan-Kräfte in der Politik zusammenbringen könnte, verkomplizieren.

Frühere Verbündete der Partei der Regionen: Das Nicht-Maidan-Spektrum

Die Partei der Regionen wird bei den Wahlen angesichts ihrer geringen Unterstützungsbasis nicht antreten. Stattdessen haben ihre Vertreter beschlossen, in Einzelmandatswahlbezirken anzutreten, dort könnten sie höhere Gewinnchancen haben. Zudem treten viele von ihnen nicht in Verbindung mit der Partei der Regionen, sondern als unabhängige Kandidaten an. So wird das Nicht-Maidan-Spektrum durch drei große politische Parteien vertreten.

In den Meinungsumfragen ist die Partei Starke Ukraine führend, deren Vorsitzender der bekannte Politiker und Oligarch Serhij Tihipko ist. Diese Partei wurde nach ihrer Vereinigung mit der Partei der Regionen nach den Wahlen von 2012 noch einmal wiederbelebt. Schon während des Euromaidan versuchte Tihipko, ein unabhängiges Spiel zu spielen, und trennte sich nach Janukowitschs Flucht sehr schnell von der Partei der Regionen. Der zweite auf der Liste ist ein weiterer bekannter Politiker und Oligarch, Walerij Choroschkowski. Er verließ die Ukraine im Dezember 2012, nachdem er erfolglos versucht hatte, politische Kräfte, die in Opposition zu Janukowitsch standen, über seinen Fernsehkanal Inter zu fördern. Erst vor kurzem kehrte er in die Ukraine zurück. Dass er in den letzten fünf Jahren im Ausland gelebt hat, verstößt gegen das Wahlgesetz und führte zu einer Kontroverse um seine Kandidatur; er gewann jedoch den diesbezüglichen Gerichtsprozess, der den Weg zu seiner Kandidatur freigemacht hat.

Eine weitere Partei dieses Spektrums, die Kommunistische Partei, wird vermutlich an der Sperrklausel scheitern, vor allem weil viele Wähler in den Regionen, in denen sie traditionell stark ist (auf der Krim und im Donbass), nicht an der Wahl teilnehmen.

Schließlich ist im September noch eine weitere neue Partei registriert worden – der Oppositionelle Block. Auf ihrer Liste stehen Namen der Partei der Entwicklung der Ukraine, die von Jurij Miroschnitschenko angeführt wird, dem ehemaligen Vertreter Janukowitschs in der Werchowna Rada, und die als Liowotschkins Partei bekannt ist. Sie wird gemeinsam mit sechs kleineren und relativ unbekannteren Parteien antreten, die sich im Umfeld von Janukowitschs ehemaligen Unterstützern gebildet haben. Hauptsächlich aus Vertretern der Partei der Regionen bestehend, vermeidet es dieses politische Projekt, mit der Partei der Regionen assoziiert zu werden, obwohl es die »Nicht-Maidan«-Wählerschaft vertreten will. Ähnlich wie bei der Kommunistischen Partei finden sich ihre potentiellen Wähler auf der Krim und im Donbass. Da etwa drei Millionen Menschen in den von den Separatisten kontrollierten Regionen nicht wählen können und weil es immer noch Probleme mit der Organisierung der Wahl für die Flüchtlinge aus diesen Regionen gibt, kann es gut sein, dass diese Partei nicht erfolgreich sein wird.

Etwas abseits von Pro- und Nicht-Maidan-Parteien steht Oleh Ljaschkos umstrittene Radikale Partei, die in den Meinungsumfragen bei 4,8 Prozent liegt. Beim Rennen um die Präsidentschaft im Mai war Ljaschko eine große Überraschung, als er mit acht Prozent der Stimmen Dritter wurde. Seine hohe Präsenz in einigen Fernsehkanälen (zum Beispiel bei Inter) deutet darauf hin, dass dieses politische Projekt von Serhij Ljowotschkin, dem ehemaligen Vorsitzenden von Janukowitschs Präsidentialadministration, gegründet und gefördert wurde. Obwohl Ljaschko behauptet, die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, sind fünf Personen auf seiner Liste Ziel von Antikorruptionsermittlungen der Medien geworden, unter ihnen er selbst. Zudem entdeckten Journalisten ein luxuriöses Haus in der Nähe von Kiew, das Ljaschko gehört, sowie Beweise dafür, dass er teure Autos fährt und einen Privatjet fliegt.

Allgemeine Trends

Die derzeitige politische Kampagne ist von folgenden Trends gekennzeichnet: Erstens sind unter den Parteien, die zur Wahl antreten und Chancen haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, etliche neue, die erst in den vergangenen Wochen registriert wurden. Die Imageveränderung politischer Kräfte fand aus verschiedenen Gründen statt. Einerseits besteht die Notwendigkeit, Politiker verschiedener politischer Parteien

auf einer gemeinsamen Liste unterzubringen, da die Bildung von Parteienblöcken offiziell verboten ist und etliche Parteien und Politiker unter diesen Bedingungen riskieren, aus dem Geschäft ausgeschlossen zu bleiben. Andererseits haben sich einige Parteien aufgelöst (zum Beispiel die Partei der Regionen) und einige Politiker haben entschieden, ihre persönliche Beliebtheit zu nutzen (zum Beispiel Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk).

Zweitens wurde die Wahlkampagne hauptsächlich über Persönlichkeiten und Slogans geführt, unter Abwesenheit jeglicher programmatischer Debatten. Es ist, anders ausgedrückt, nicht klar, wofür verschiedene Parteien stehen und welche Agenda oder spezifische Reformen sie voranbringen würden. Das ist in der ukrainischen Politik kein neues Phänomen, diesmal scheint es aber geradezu offen ausgesprochen zu werden. Verschiedene politische Projekte bieten sich den Wählern entweder durch den Gebrauch militärischer Rhetorik an oder, im Gegenteil, durch die Betonung von »Einheit«, »Stabilität« oder »Frieden«. Die Dichotomie der Parteien, die man als eine zwischen Pro-Friedens-Parteien und Parteien, die militärische Lösungen favorisieren, bezeichnen kann, kommt in der Wahlkampagne sehr lebhaft zum Tragen. Zu ersterem Lager gehören Parteien aus dem Pro- und auch aus dem Nicht-Maidan-Spektrum. Petro Poroschenkos Block, Starke Ukraine, der Oppositionelle Block und die Kommunistische Partei gehören eindeutig zu ersterem Lager. Alle anderen der erwähnten Parteien verwenden auf die eine oder andere Weise militärische Symbole und Slogans und haben Vertreter von Freiwilligenbataillonen auf ihren Listen.

Drittens treten etwa 20 prominente zivilgesellschaftliche Führungsfiguren und Journalisten bei der Wahl an, unter ihnen etwa die Investigativjournalisten Serhij Leschtschenko und Mustafa Najem. Sie sind auf etlichen Listen vertreten. Am 15. September hielten sie eine gemeinsame Pressekonferenz ab, auf der sie bekanntgaben, mit den »alten« politischen Kräften anzutreten, da dies zu den momentanen Regeln, die kleinere und relativ unbekanntere politische Parteien diskriminieren, der einzige Weg für sie sei, um in die Werchowna Rada zu gelangen. Sie betonten, ihre eigene Agenda zu haben, zu der eine Änderung der Wahlgesetzgebung, Korruptionsbekämpfung und das Vorantreiben anderer Reformen gehören, für die sie sich als Teil der Zivilgesellschaft eingesetzt haben. In diesem Sinne würden sie in der Werchowna Rada eine fraktionsübergreifende Gruppe bilden. Dies ist ein neues Phänomen in der ukrainischen Politik, das zumindest auf eine höhere Debattenqualität in der neuen Werchowna Rada hoffen lässt. Die einzige Ausnahme bildet die kleine politische Partei Stärke des Volkes (Syla Ljudei), die sich anders als ähnliche aus der Zivilgesellschaft erwachsene Parteien, wie die Demokra-

tische Allianz oder der Wille, entschieden haben, einzeln und mit einer eigenen Parteiliste anzutreten. Es ist offenkundig, dass sie nicht sehr erfolgreich sein werden, einige ihrer Vertreter könnten jedoch in Einzelmandatswahlbezirken gewinnen.

Schließlich spielt die Zivilgesellschaft eine immer wichtigere Rolle für die Aufmerksamkeit, die den Kandidaten zukommt, und für die Förderung gewisser Verhaltensstandards zwischen ihnen. Die zivilgesellschaftliche Initiative Chesno machte zum Beispiel 132 Kandidaten aus (39 davon auf Parteilisten), die am 16. Januar, mitten in den Euromaidan-Protesten, für die sogenannten Diktaturgesetze stimmten. Diese Gesetze deklarierten den bloßen Akt des Protestierens als illegal, brandmarkten die Zivilgesellschaft als »ausländische Agenten« und führten so zu einer signifikanten Radikalisierung der Proteste und zur Eskalation der Gewalt (s. *Ukraine-Analysen Nr. 126 vom 28.01.2014, S. 6*). Zudem fordert Chesno, dass politische Kandidaten und Parteien ihre Vermögen und die Herkunft ihrer Gelder offenlegen. Auch wenn diese Initiative wohl nicht all ihre politischen Projekte und Kandidaten durchsetzen wird, setzt sie gewisse Standards und bringt die Qualität der politischen Kultur in der Ukraine voran. Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen, die Wahlen und Kandidaten genau beobachten und bei den Wählern Aufmerksamkeit erregen, sind unter anderem das Bürgernetzwerk OPORA und das Komitee der Wähler der Ukraine (s. *Vorwahlberichte auf S. 16–19*).

Ausblick

Die Maidan-Proteste zerstörten Janukowitschs Monopol und brachten die Anti-Janukowitsch-Kräfte an die Macht. Man kann erwarten, dass diese politischen Kräfte, die ihre Wahlkampfstrategien koordinieren und die Bildung möglicher Koalitionen nach der Wahl diskutieren, eine starke und effektive Mehrheit in der Werchowna Rada bekommen. Janukowitschs Partei der Regionen und die neuen politischen Projekte, die ehe-

malige Mitglieder und Sponsoren dieser Partei betreiben, sind dagegen ziemlich ungefestigt und werden Probleme haben, ihre potentielle Wählerschaft zu erreichen und sicherzustellen, dass diese zur Abstimmung in der Lage sein werden. Sie werden daher wohl nicht viele Sitze im Parlament erobern. Es könnte jedoch auch ein anderes Szenario eintreten. Die Pro-Maidan Parteien sind hinsichtlich der Frage, wie auf den Krieg zu reagieren ist, gespalten. Daher könnte Petro Poroschenkos Block eine Koalition mit Serhij Tihipko und anderen Politikern bilden, die friedliche Lösungen favorisieren. In dieser Situation würden sich wohl alle anderen Pro-Maidan-Parteien in der Opposition wiederfinden. Es gibt die Befürchtung, dass diesem Szenario die Reformen zum Opfer fallen könnten.

Gleichzeitig haben die Proteste auch eine große Anzahl junger Gesichter mit Wurzeln in der Zivilgesellschaft und mit politischen Ambitionen nach oben gebracht. Einige von ihnen werden erfolgreich sein. Dennoch werden sich die Hoffnungen auf eine Erneuerung der politischen Eliten durch diese Wahlen wohl eher nicht realisieren, das lassen die alten Spielregeln vermuten (gemischtes statt Proporzsystem; geschlossene statt offene Parteilisten; intransparente Finanzierungssysteme politischer Parteien und der Medien sowie andere Probleme).

Auch die Fähigkeit des neuen Parlaments, Reformen voranzubringen, steht in Frage. Viel wird davon abhängen, ob die »neuen Gesichter« in der Lage sein werden, als kohärente Gruppe zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und externen Akteuren (zum Beispiel der Europäischen Union) eine starke Reformbewegung auf die Beine zu stellen. In jedem Fall wird die Arbeit des neuen Parlaments geprägt sein von dem Kampf zwischen reformorientierten Akteuren und Akteuren, die sich Reformen in den Weg stellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

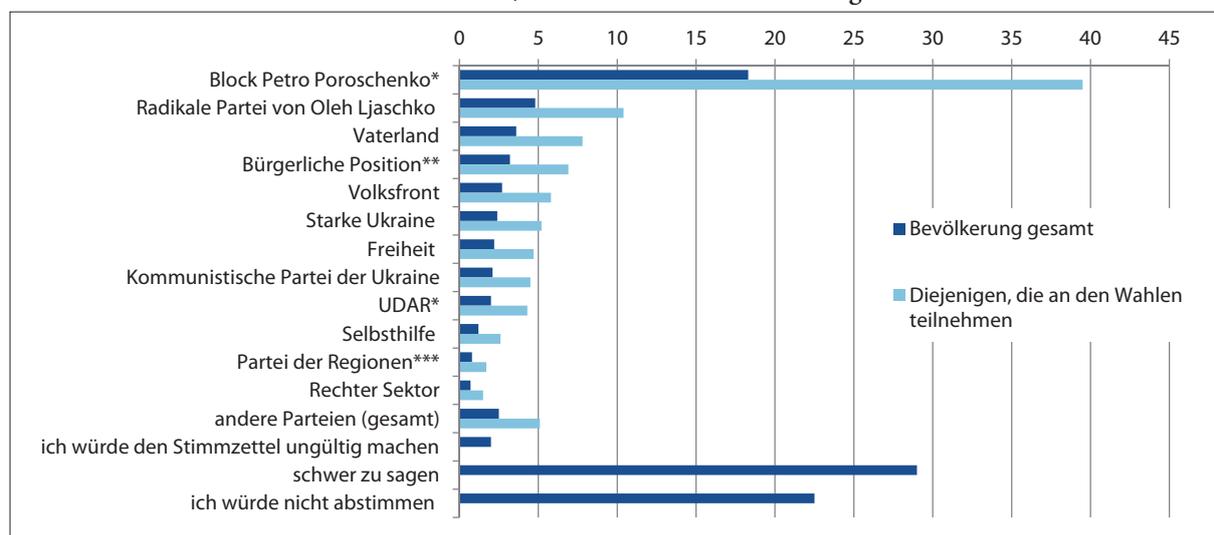
Über die Autorin:

Iryna Solonenko ist DAAD/OSF-Studentin an der Europäischen Universität Viadrina. Von 2000 bis 2012 hat sie für die Open Society Foundations und am EastWest-Institute in der Ukraine gearbeitet. Sie hat Abschlüsse in European Studies, Public Administration und Geschichte von der Central European University in Budapest, der National Academy of Public Administration in Kiew und der National University Kyiv-Mohyla Academy in Kiew. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östliche Partnerschaft, die politische Ökonomie der postsowjetischen Transformation und zivilgesellschaftliche Entwicklungen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Parteien vor den Parlamentswahlen 2014

Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?



* Die Partei UDAR von Witalij Klitschko tritt zusammen mit dem Block Petro Poroschenko bei den Wahlen an; ** Die Partei Bürgerliche Position tritt zusammen mit der Demokratischen Allianz bei den Wahlen an; *** Die Partei der Regionen tritt bei den Wahlen nicht an. Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=400&page=1>>

Tabelle 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?

	Bevölkerung gesamt	Diejenigen, die an den Wahlen teilnehmen
Block Petro Poroschenko*	18,3	39,5
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	4,8	10,4
Vaterland	3,6	7,8
Bürgerliche Position**	3,2	6,9
Volksfront	2,7	5,8
Starke Ukraine	2,4	5,2
Freiheit	2,2	4,7
Kommunistische Partei der Ukraine	2,1	4,5
UDAR*	2	4,3
Selbsthilfe	1,2	2,6
Partei der Regionen***	0,8	1,7
Rechter Sektor	0,7	1,5
Andere Parteien (gesamt)	2,5	5,1
ich würde den Stimmzettel ungültig machen	2	-
schwer zu sagen	29	-
ich würde nicht abstimmen	22,5	-

* Die Partei UDAR von Witalij Klitschko tritt zusammen mit dem Block Petro Poroschenko bei den Wahlen an; ** Die Partei Bürgerliche Position tritt zusammen mit der Demokratischen Allianz bei den Wahlen an; *** Die Partei der Regionen tritt bei den Wahlen nicht an. Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=400&page=1>>

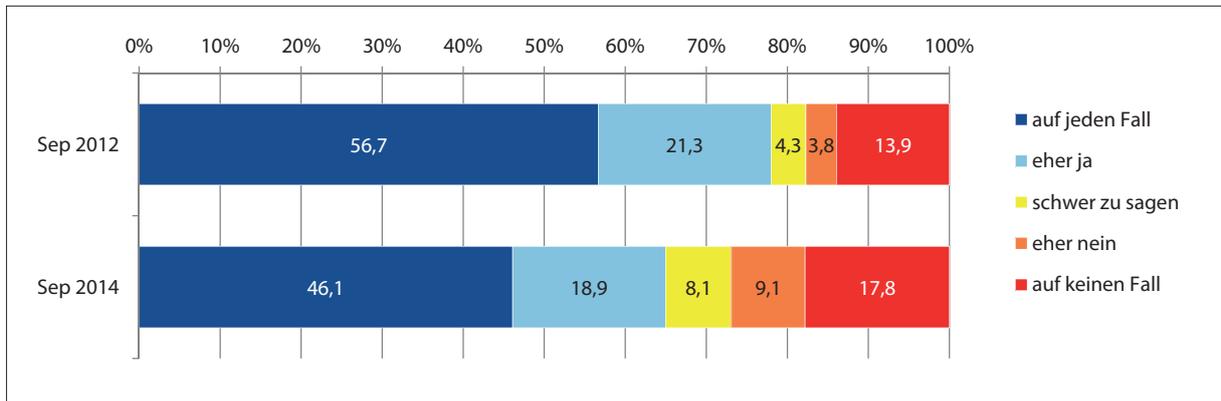
**Tabelle 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?
(nach Regionen)**

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Region Charkiw	Donbass
Block Petro Poroschenko*	18,3	26,1	24,4	16,4	3,8	8,5	1,8
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	4,8	9,5	5,5	2,9	0,9	3,1	0
Vaterland	3,6	3,7	3,7	4,6	2,4	6,8	0,5
Bürgerliche Position**	3,2	3,7	4,2	3,2	1,3	1,8	1,1
Volksfront	2,7	5,5	2,2	1,8	1,1	3,3	0,3
Starke Ukraine	2,4	1,1	0,7	3,7	5	1,4	6,5
Freiheit	2,2	6,5	1,5	0,6	0,4	1,5	0
Kommunistische Partei der Ukraine	2,1	0,1	1,3	2,8	4,6	1,8	5,8
andere Parteien (gesamt)	7	6,6	6,5	6,7	9	4,5	10,8
würde nicht abstimmen	22,5	6,7	10,8	23,6	53,8	39,7	59,6
schwer zu sagen	29	29,8	37,8	31,9	13,3	22,7	9,4
würde den Stimmzettel ungültig machen	2	0,7	1,4	1,8	4,4	4,9	4,2

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=400&page=1>>

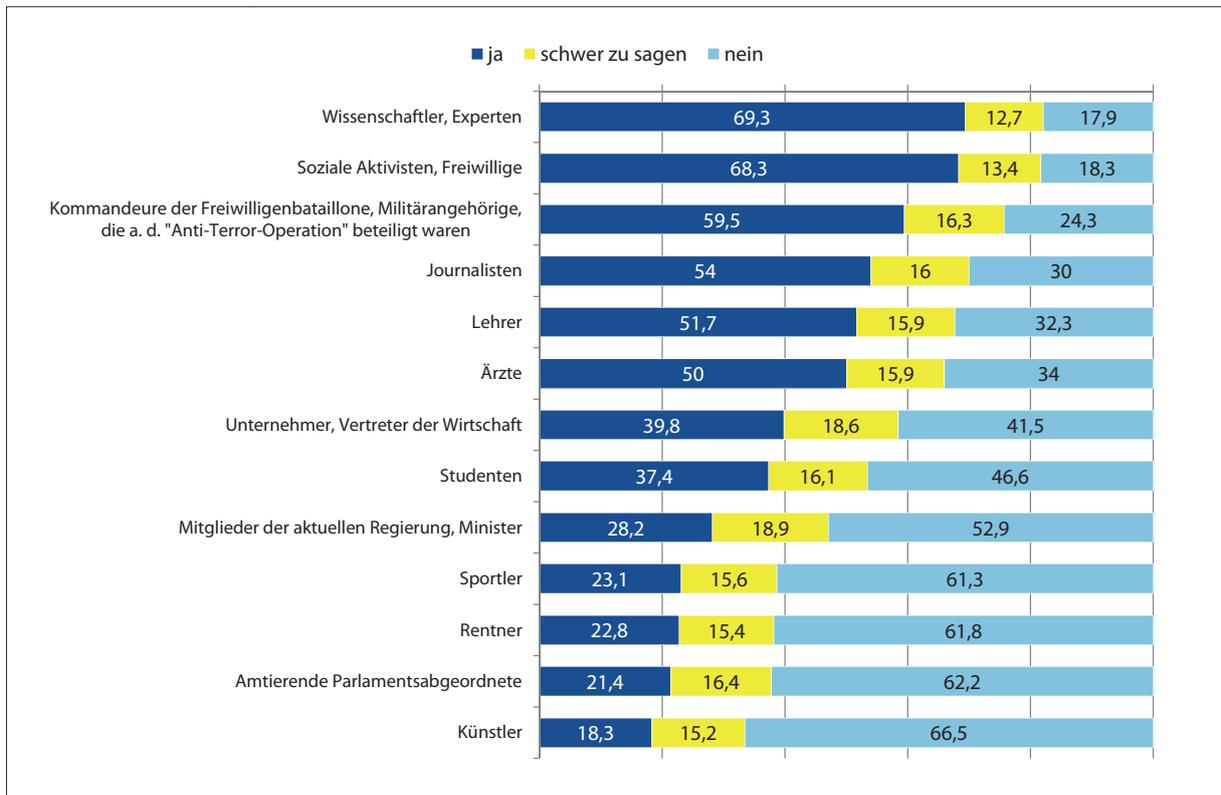
Stimmung vor der Wahl

Grafik 1: Haben Sie vor, an den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 teilzunehmen? (in %)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/gromads-2014_veresen-.htm>

Grafik 2: Unterstützen Sie die Aufnahme folgender Kategorien von Personen in die Parteilisten? (in %, September 2014)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 19. bis zum 23. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412321059_file.pdf>

Grafik 3: Was sind Ihrer Meinung nach die allerersten Aufgaben des Parlaments, das am 26. Oktober gewählt wird? (in %, bis zu drei Antworten sind möglich)



* Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 19. bis zum 23. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412321059_file.pdf>

Euromaidan goes Parliament: Wer sind »die neuen« ParlamentsskandidatInnen?¹

Von Susann Worschech, Berlin

Zusammenfassung

Bei der Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 in der Ukraine kandidieren erstmals auch viele AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft. Die Studie geht den politischen und beruflichen Biographien der KandidatInnen nach und veranschaulicht deren zivilgesellschaftlichen Hintergrund. Eine Netzwerkanalyse zeigt, dass einige zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien als zentrale Orte der Vernetzung herausragen und als »Sprungbrett« dieser ambitionierten NachwuchspolitikernInnen gelten können.

Einleitung

Am 26. Oktober 2014 wird in der Ukraine ein neues Parlament gewählt. Insgesamt 450 Parlamentssitze werden jeweils zur Hälfte über Parteilisten und über Direktmandate vergeben. Erstmals seit der Unabhängigkeit der Ukraine stellt sich bei dieser Wahl auch eine größere Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Bereich der Zivilgesellschaft und der Medien zur Wahl. In einem Land, in dem Politik bisher weithin als schmutziges Geschäft und PolitikerInnen generell als korrupt und als ausschließlich am eigenen Vorteil interessiert galten, ist dies ein Novum. Gerade jene AktivistInnen der Zivilgesellschaft, die jahrelang für eine demokratische Entwicklung der Ukraine gekämpft haben, konnten sich bisher nicht deutlich genug von »der Politik« abgrenzen. Jetzt wagen einige von ihnen den Sprung ins Parlament. Aber wer sind diese AktivistInnen, welchen Hintergrund haben sie, was verbindet sie? Ein Blick in die Biographien der wichtigsten ProtagonistInnen kann einen Eindruck vermitteln, was ihre Metamorphose zum Politiker / zur Politikerin für die neue Ukraine bedeuten könnte.

28 Kandidaten, fünf Listen, zwei Direktmandate: Who is who?

Es ist eine Gruppe von knapp 30 Aktivistinnen und Aktivisten, die über fünf Listen bzw. zwei Direktmandate für das Parlament kandidieren: Auf der Liste des Wahlblocks von Petro Poroschenko finden sich die Maidan-Aktivistin und Ärztin Olha Bohomolez (Listenplatz 3), die Journalistin und Aktivistin Switlana Salischtschuk (Listenplatz 18), der Journalist Serhij Leschtschenko (19), der Journalist und Maidan-Initiator Mustafa Najem (20), der Journalist und Aktivist Oleksandr Tschernenko (21), die Journalistin Olha Tschewakowa (61) und die Journalistin und NGO-Managerin Iwanna Klympusch-Zinsadse (61). Aktuell liegt der Block Poroschenko in

den Umfragen bei etwa 40 % Zustimmung, so dass alle sieben Aktivistinnen und Aktivisten mit großer Sicherheit ein Mandat erringen werden.

Auf der Liste der neu gegründeten Volksfront (Narodnij Front) von Premierminister Arsenij Jazenuk kandidieren die Journalistinnen Tetjana Tschornowol (Listenplatz 2) sowie Viktoria Siumar (7). Bei derzeit 6 bis 8 % Zustimmung in den Umfragen ist auch für diese beiden Aktivistinnen davon auszugehen, dass sie in das Parlament einziehen werden.

Auf der Liste der Vaterlandspartei (Batkiwtschyna) von Julia Timoschenko kandidieren der Aktivist Ihor Luzenko (Listenplatz 3), die Advocacy-Expertin Aliona Schkrum (5), der Aktivist Oleksij Riabtschyn (9) und der frühere Journalist Andrij Schewtschenko (20). Schewtschenko ist bereits seit 2006 Abgeordneter der Rada, hat aber zuvor als Journalist den 5. Kanal mitgegründet und vom Parlament aus eng mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet. Auch diesen KandidatInnen ist der Parlamentssitz relativ sicher, da die Vaterlandspartei bei etwa 8 bis 10 % Zustimmung liegt.

Weitere vier Kandidatinnen und Kandidaten stehen auf der Liste Bürgerliche Position des früheren Verteidigungsministers Hryzenko: der Aktivist Wasyl Hazko (Listenplatz 2), der Blogger Oleh Derewianko (4), der Antikorruptionsexperte Witali Schabunin (5) und die Journalistin Natalia Sokolenko (13). Die Bürgerliche Position liegt ebenfalls bei etwa 8 % Zustimmung, so dass die genannten Listenplätze recht sicher sind.

Schließlich kandidieren acht Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft auf der Wahlliste der Partei Selbsthilfe des Lemberger Bürgermeisters Andrij Sadowij: die Aktivistin Hanna Hopko (Listenplatz 1), die Juristin Oksana Syroid (4), der Aktivist Wiktor Kriwenko (5), die Lustrationsaktivistin Iryna Suslowa (6), die Aktivistin Olena Sotnik (11), der Journalist und Lustrationsaktivist Jehor Sobolew (13), der Aktivist Ostap Jednak (17) sowie der Aktivist Wolodymyr Harkusha (35). In den Umfragen liegt diese Liste derzeit bei etwa 3 % und verfehlt damit sehr wahrschein-

¹ Die Analyse beruht auf Daten aus der Dissertation der Autorin sowie auf einer ausführlichen Recherche zu den vorgestellten Personen. Bei Bedarf kann ein Quellen- und Literaturverzeichnis nachgefragt werden: worschech@europa-uni.de.

lich die Fünfprozenthürde, um in das Parlament einzuziehen zu können.

Wolodymyr Tschystylin und Nadija Sawynska (beide Journalisten und Mit-Initiatoren des Charkiwer Euromaidans) kandidieren für ein Direktmandat im ostukrainischen Charkiw.

Weiterhin ist Oleksandr Solontai zu nennen. Solontai ist ein langjähriger Zivilgesellschaftsaktivist, der vor allem in der landesweiten Koordinierung regionalpolitischer Initiativen engagiert ist. Er ist Mitbegründer und Kandidat der sehr jungen Partei Stärke des Volkes (Syla Ljudei), die aber keine Chance auf den Parlamenteinzug hat.

Biographischer Hintergrund der KandidatInnen

Die meisten der genannten Aktivistinnen und Aktivisten sind um 1980 geboren; sie stammen aus verschiedensten Landesteilen der Ukraine – von Luhansk über die Krim bis Ushchorod – und viele von ihnen sind zum Studium nach Kiew gegangen und wurden hier aktiv. Von den insgesamt 28 Akteuren sind 13 JournalistInnen und 15 AktivistInnen; zehn Kandidaten sind sowohl JournalistIn als auch AktivistIn; vier verfügen bereits über Parlamentserfahrung – zumeist auf kommunaler Ebene (Hazko, Schabunin, Luzenko); nur ein früherer Journalist (Schewtschenko) ist bereits Abgeordneter der Werchowna Rada.

In der Analyse der Biographien fallen aber nicht nur Ähnlichkeiten in Bezug auf Alter, beruflichen Hintergrund und Engagement auf. Es wird auch deutlich, dass die zivilgesellschaftlichen KandidatInnen über bestimmte NGOs, Kampagnen, Initiativen oder Medien eng miteinander verbunden sind. Der Soziologe Georg Simmel bezeichnete dieses Phänomen als die Kreuzung sozialer Kreise: Jedes Individuum ist Teil mehrerer verschiedener Freundschafts-, Familien-, Berufs- oder Politiknetzwerke. Dabei »besetzt« das Individuum eine spezifische Position, an der sich diese verschiedenen Netzwerke überschneiden. Aus dieser jeweils spezifischen Überschneidung, also aus der Mitgliedschaft in den verschiedenen sozialen Kreisen, ergibt sich eine bestimmte Identität des Individuums. Die Kombination der sich überkreuzenden Kreise beeinflusst das Individuum an der Schnittstelle und das Individuum selbst beeinflusst die Gruppen, zu denen es gehört. Simmel prägte dafür den Begriff der Wechselwirkung. Darin steckt die Idee der sozialen Dualität: Gruppen und Individuen beeinflussen sich gegenseitig. Wer das Handeln eines Individuums verstehen will, sollte daher auch dessen Gruppenzugehörigkeiten und die entsprechenden Wechselwirkungen reflektieren. Die Soziale Netzwerkanalyse setzt diese Idee theoretisch und methodisch um.

AktivistInnen-Netzwerke

Die Biographien der zivilgesellschaftlichen ParlamentskandidatInnen weisen zum Teil sehr viele Überschneidungen auf. Zunächst waren zwölf KandidatInnen sehr aktiv in die Euromaidan-Proteste involviert – zum Beispiel als Initiator (Najem), als Koordinator des zivilen Sektors des Euromaidan (Jednak), als Koordinatorin der Kampagnenkommunikation in den Sozialen Netzwerken (Salischtschuk), als OrganisatorInnen regionaler Euromaidane (Tschystylin, Sawynska) oder als Leiterin des Medizinischen Koordinierungszentrums (Bohomolez).

Doch enge Verbindungen gerade zwischen den Protagonisten des Euromaidan bestanden auch schon in den Jahren zuvor. Zunächst beteiligten sich viele von ihnen bereits an den Protesten der Orangen Revolution, die als zentrales politisches Sozialisationsereignis gelten kann. Zentral für die Vernetzung und Kooperation war im darauffolgenden Jahrzehnt besonders die Kampagne Stop Censorship!, welche gegen die Zensur und die Einschränkung der Pressefreiheit vor allem in den staatlichen Massenmedien kämpfte. Dieser von der NGO Centre. UA und hier insbesondere von Switlana Salischtschuk im Jahr 2010 ins Leben gerufenen und organisierten Kampagne schlossen sich 570 ukrainische JournalistInnen und Medienschaffende sowie 135 zivilgesellschaftliche Organisationen an. Neun dieser JournalistInnen kandidieren nun für das Parlament. Sieben JournalistInnen der Kampagne zählten zugleich zur Kerngruppe des Euromaidan – die Überschneidungen zwischen diesen beiden Bereichen des Engagements sind am größten.

Eine dritte wichtige Basis einer möglicherweise gemeinsamen politisch-kritischen Sozialisation ist die renommierte unabhängige Internet-Zeitung Ukrainka Prawda: Sieben JournalistInnen, die heute für das Parlament kandidieren, haben dort als JournalistInnen bzw. Blogger gearbeitet und / oder frei publiziert. Auch hier gibt es einige personelle Überschneidungen mit der Kampagne Stop Censorship! und der Euromaidan-Kerngruppe (jeweils vier).

Weitere Medien, die als zivilgesellschaftliche »Basis« der KandidatInnen gelten können, sind der Fernsehsender 5. Kanal, den Poroschenko 2003 gründete und der bisher als einer von zwei unabhängigen und kritischen Sendern galt, sowie das erst 2013 gegründete Internetfernsehprogramm Hromdske.TV. Die NGO Institute of Mass Information, ein weiterer Akteur für den Erhalt der Pressefreiheit, ist ebenfalls eine Hintergrundorganisation, in der zwei Aktivistinnen tätig waren.

Aus den NGO-Netzwerken hat sich in der Folge des Euromaidans zudem eine NGO namens Reanimation Package of Reforms (RPR) gegründet. Diese Organisation versteht sich als Koordinationsplattform für etwa 20 thematische Arbeitsgruppen zu spezifischen Refor-

men. An den Arbeitsgruppen sind insgesamt mehr als 100 Experten aus verschiedensten NGOs und Think-Tanks beteiligt. Die Aktivitäten der Plattform umfassen die Organisation und Koordination der wöchentlichen AG-Treffen, Lobby- und Pressearbeit für die jeweiligen Reformen sowie die Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen. Die Plattform kooperiert mit einem interfraktionellen Arbeitskreis des ukrainischen Parlaments. Fünf AktivistInnen der Kerngruppe des RPR kandidieren für das Parlament – drei davon allerdings auf den aktuell wenig aussichtsreichen Plätzen der Partei Selbsthilfe.

Neben den Organisationen fallen zwei Themen auf, die viele AktivistInnen und JournalistInnen verbinden: In der Korruptionsbekämpfung engagierten sich sieben KandidatInnen und zwei weitere waren aktiv bei der Umsetzung einer umfassenden Lustration.

Interessant ist auch eine weitere Gemeinsamkeit von vier AktivistInnen: Switlana Salischtschuk, Serhij Leschtschenko, Mustafa Najem und Andrij Schewtschenko nahmen an einem Fellowship-Programm der Universität Stanford teil, welches Demokratisierung, Entwicklung und Rechtstaatlichkeit thematisierte. Auch wenn alle vier in unterschiedlichen Jahren dort waren, ist die gemeinsame Erfahrung dieses Programms und eine damit zusammenhängende mögliche ähnliche politische Prägung eine bemerkenswerte biographische Übereinstimmung, zumal dieses Programm die Stärkung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure zum Ziel hat.

Schließlich sollte noch bemerkt werden, dass einige AktivistInnen eigene Parteien gegründet haben. Über Oleksandr Solontai und seine Partei Stärke des Volkes ist bereits berichtet worden. Stärke des Volkes schließt sich keiner der etablierten Wahllisten an, sondern kandidiert allein – was einerseits für ihren Unabhängigkeitsanspruch stehen könnte, andererseits aber auch die Frage nach den Überlebenschancen der jungen Partei aufwirft.

Auf den fünf genannten Wahllisten werden die Parteien Demokratische Allianz und Wolja durch drei bzw. fünf KandidatInnen vertreten. Die Demokratische Allianz, die aus einer Jugend-NGO hervorgegangen ist, hat sich mit der Liste Bürgerliche Position zusammengesetzt, während die Wolja-Mitglieder auf verschiedenen Listen kandidieren.

Einzelengagements der KandidatInnen

Neben diesen mehreren AktivistInnen gemeinsamen Zugehörigkeiten sind die genannten KandidatInnen in einer Reihe von weiteren Organisationen und Initiativen aktiv, die den gemeinsamen biographischen Hintergrund der Gruppe individuell ergänzen. Beispielsweise ist Oleksij Riabtschyn einer der Organisatoren des Ukraine Crisis Media Center, das seit dem Euro-

maidan täglich internationale Pressekonferenzen ukrainischer PolitikerInnen und AktivistInnen anbietet und koordiniert. Witali Schabunin leitet seit 2011 die NGO Zentrum gegen Korruption und war Stadtratsabgeordneter im westukrainischen Riwno. Oleksandr Tschernenko ist der Leiter der sehr renommierten Wahlrechts- und Wahlbeobachtungs-NGO Komitee der Wähler der Ukraine. Ihor Luzenko ist der Gründer der Initiative Save Old Kiev, die sich – überwiegend ehrenamtlich – für den Erhalt historischer Bausubstanz in Kiew und gegen deren Abriss durch Investoren einsetzt. Olena Sotnik verteidigt als Juristin die Interessen der Familien der auf dem Euromaidan getöteten Aktivisten, der sogenannten Himmlischen Hundertschaft. Darüber hinaus arbeiten einige der KandidatInnen (Syroid, Siumar, Schkrum, Klympusch-Zinsadse) als ExpertInnen in ukrainischen Think-Tanks und in Projekten zur Beratung der Legislative.

Zentrale Personen

Bei der Betrachtung der Rolle einzelner Akteure in der Gesamtgruppe der KandidatInnen fallen einige Akteure als besonders zentral auf. Zentralität meint hier im Sinne der Sozialen Netzwerkanalyse eine hohe Anzahl von Beziehungen zu anderen Akteuren. Je mehr Verbindungen ein Akteur in einem Netzwerk zu anderen hat, umso zentraler ist er. Diese Person erhält z. B. Informationen von vielen verschiedenen Menschen, ist vermutlich in mehrere soziale Kreise eingebunden oder wird von vielen Akteuren um Rat gefragt. Eine hohe Zentralität zeugt daher zunächst von vielen Verbindungen und kann (je nach Inhalt der Beziehung) auf ein gewisses Prestige der Person hindeuten.

Sehr zentral sind in diesem Netzwerk Switlana Salischtschuk und Jehor Sobolew. Switlana Salischtschuk arbeitete für Centre.UA und initiierte die Kampagne Stop Censorship, war aktiv am Euromaidan beteiligt, arbeitet beim RPR mit, war als Journalistin für den 5. Kanal tätig und beschäftigt sich mit dem Thema Korruption. Jehor Sobolew ist einerseits bekannt als Aktivist, der für eine umfassende Lustration in der Ukraine kämpft, befasst sich aber auch thematisch mit der Korruptionsbekämpfung, war auf dem Euromaidan und in der Kampagne Stop Censorship sehr aktiv und gründete die Partei Wolja. Weitere zentrale Akteure im Netzwerk (mit etwas geringeren Zentralitätswerten) sind Tetjana Tschornowol, Serhij Leschtschenko, Mustafa Najem und Ihor Luzenko.

Salischtschuk und Sobolew zeigen zudem hohe Werte in der Betweenness-Zentralität, welche beschreibt, wie viele indirekte Beziehungen zwischen zwei Akteuren über die zentrale Person laufen. Eine Person mit hoher Betweenness-Zentralität verbindet also viele andere

Akteure aus verschiedenen Bereichen des Netzwerks – es handelt sich um eine Vermittlerposition. Zugleich hat diese Person damit auch eine gewisse Macht, denn sie kann entscheiden, welche Informationen und Ressourcen sie zwischen zwei Akteuren vermittelt.

Für jene Akteure mit hohen Zentralitätswerten ergibt sich zweierlei aus ihrer Position: Einerseits verfügen sie über gute Chancen, gemeinsames Handeln der AktivistInnen im Parlament zu organisieren, Koalitionen zu formieren und dadurch die Gruppe der zivilgesellschaftlichen KandidatInnen auch fraktions- bzw. listenübergreifend zusammenzuhalten und gemeinsame Interessen durchzusetzen. Zugleich bedeutet eine hohe Zentralität aber auch eine Machtposition, insbesondere im Falle der Betweenness-Zentralität. Es bedarf eines hohen demokratischen Anspruchs und einer hohen Selbstreflexionsfähigkeit, um die Vorteile, die sich an dieser »Schaltstelle« im Netzwerk ergeben, auch als Netzwerkressource und nicht zum eigenen Vorteil einzusetzen.

Grundsätzlich hat das Netzwerk mit 36% realisierten Beziehungen (von allen im Netzwerk möglichen Beziehungen) eine mittlere Dichte. Dies deutet angesichts der 13 möglichen Zuordnungen zu NGOs, Medien, Parteien oder Fellowships darauf hin, dass die Personen im Netzwerk ihre Aktivitäten eher verteilen denn konzentrieren und sich die Kreise daher an vielen Stellen kreuzen.

Abschließend soll eine Cliquenanalyse das Bild der sozialen Kreise ergänzen.² Mittels dieser Analyse kann dargestellt werden, welche Gruppen mit mindestens drei Mitgliedern, die möglichst viele Zugehörigkeiten miteinander teilen, sich im Netzwerk ergeben. Zur Kerngruppe des Netzwerks mit jeweils sechs gemeinsamen Cliquenüberschneidungen gehören demnach Switlana Salischtschuk, Serhij Leschtschenko, Mustafa Najem, Jehor Sobolew und Tetjana Tschornowol. Auf der Basis der Analyse können diese fünf Aktivistinnen und Aktivisten derzeit als herausragende, am besten vernetzte und vielfältig engagierte Vertreter der Zivilgesellschaft für das Parlament gelten.

Diese fünf untereinander eng verbundenen Akteure kandidieren auf verschiedenen Listen, was sich aufgrund ihrer nah beieinander gelegenen Netzwerkpositionen nicht unbedingt erschließt. Die breite Aufstellung der AktivistInnen über insgesamt fünf Listen kann als Strategie interpretiert werden, auf relativ sicheren Plätzen zu kandidieren (mit Ausnahme der Liste der Partei Selbsthilfe), um möglichst vielen VertreterInnen der Zivil-

gesellschaft das Erringen eines Parlamentsmandats zu ermöglichen. Zugleich zeigt sich hier auch, dass die VertreterInnen der ukrainischen Zivilgesellschaft in gewisser Hinsicht »unideologisch« sind und möglicherweise vorhaben, für die von der Zivilgesellschaft geforderten Reformen in mehreren Parteien zu werben und auf der Basis ihrer intensiven Vernetzung ggf. fraktionsübergreifende Bündnisse zu ermöglichen.

Bedeutung der Aktivistinnen-Netzwerke für die ukrainische Politik

Die Analyse hat verdeutlicht, dass die KandidatInnen, die aus der Zivilgesellschaft heraus am 26. Oktober für das ukrainische Parlament kandidieren, im »Vorfeld der Politik« bestens und zum Teil langjährig vernetzt sind. Insbesondere die Kampagne Stop Censorship! nahm hierbei eine zentrale Rolle ein, da in ihr nicht nur auffällig viele KandidatInnen engagiert waren, sondern weil durch sie offensichtlich auch ein stärkerer Austausch zwischen JournalistInnen und AktivistInnen zustande kam. Sieben der neun JournalistInnen, die in der Kampagne engagiert waren, sind seither zusätzlich als AktivistInnen in Erscheinung getreten. Welchen Erfolg die Kampagne selbst für die Pressefreiheit hatte, ist eher spekulativ und zudem schwer zu messen – die offensichtlich erfolgreiche und dauerhafte Vernetzung hingegen kann als klares Ergebnis dieser Kampagne gewertet werden.

Ein weiterer positiver Aspekt der Vernetzung ist die breite Wissensbasis, auf die die KandidatInnen zugreifen können. Innerhalb des Netzwerks können beispielsweise die Akteure des Reanimation Reforms Package über die zentralen Personen in wenigen Schritten erreicht werden – und damit auch dessen ExpertInnen, so dass bei Bedarf Beratung der Legislative bzw. einzelner Abgeordneter akquiriert werden kann. Auf dieser Basis ist eine effektive Zusammenarbeit zwischen der wissensorientierten Zivilgesellschaft (Think-Tanks etc.) und den zivilgesellschaftlichen Abgeordneten denkbar.

Darüber hinaus zeigen die Ähnlichkeiten in den zivilgesellschaftlichen Biographien, dass die meisten KandidatInnen in zwei oder mehr Organisationen, den Medien o. Ä. aktiv waren und sich daher mit verschiedenen Inhalten sowie mit zivilgesellschaftlichem Management auseinandergesetzt haben. Gerade KandidatInnen wie Hanna Hopko, Switlana Salischtschuk, Jehor Sobolew oder Ihor Luzenko verfügen über breit gefächerte Erfahrungen im Kampagnenmanagement, in der Mobilisierung, im Umgang mit Behörden oder Polizei. Diese Fähigkeiten werden – unabhängig von Inhalten – bei der Durchsetzung der Reformagenda im Parlament notwendig sein.

Einige der zentraleren Akteure haben im Laufe ihrer Kandidatur betont, dass die Zivilgesellschaft ihr eige-

² Die Analyse der Cliquen wurde mit dem Programm Ucinet durchgeführt: Borgatti, S.P., Everett, M.G. and Freeman, L.C. 2002. Ucinet for Windows: Software for Social Network Analysis. Harvard, MA: Analytic Technologies.

nes Handeln als Abgeordnete ebenso kritisch beobachten sollte, wie sie dies als AktivistInnen oder JournalistInnen zuvor selbst getan haben. Gerade angesichts des relativen Machtpotenzials der zentralen Akteure innerhalb der Gruppe zivilgesellschaftlicher KandidatInnen erscheint ihre kritische Begleitung durch Medien und Zivilgesellschaft auch sehr angemessen.

Es ist nicht zu erwarten, dass zwanzig bis dreißig AktivistInnen der Zivilgesellschaft die parlamentarische Arbeit in der Ukraine grundlegend verändern können. Aufgrund der Gemeinsamkeiten ihrer Biographien

im gesellschaftspolitischen Raum wird sich aber möglicherweise eine neue Form der Zusammenarbeit unter den reformorientierten Abgeordneten entwickeln, die die Belange der Euromaidan-Proteste in das Parlament hineinträgt. Die AktivistInnen wissen, worauf es bei den Reformen ankommt, damit nicht wieder die Fehler passieren und sich die Probleme einstellen, die sie lange selbst bekämpft haben. Die Chancen stehen gut, dass sie die politische Kultur in der Rada verändern und die Erwartungen der Gesellschaft an eine Erneuerung der Ukraine in die Politik tragen werden.

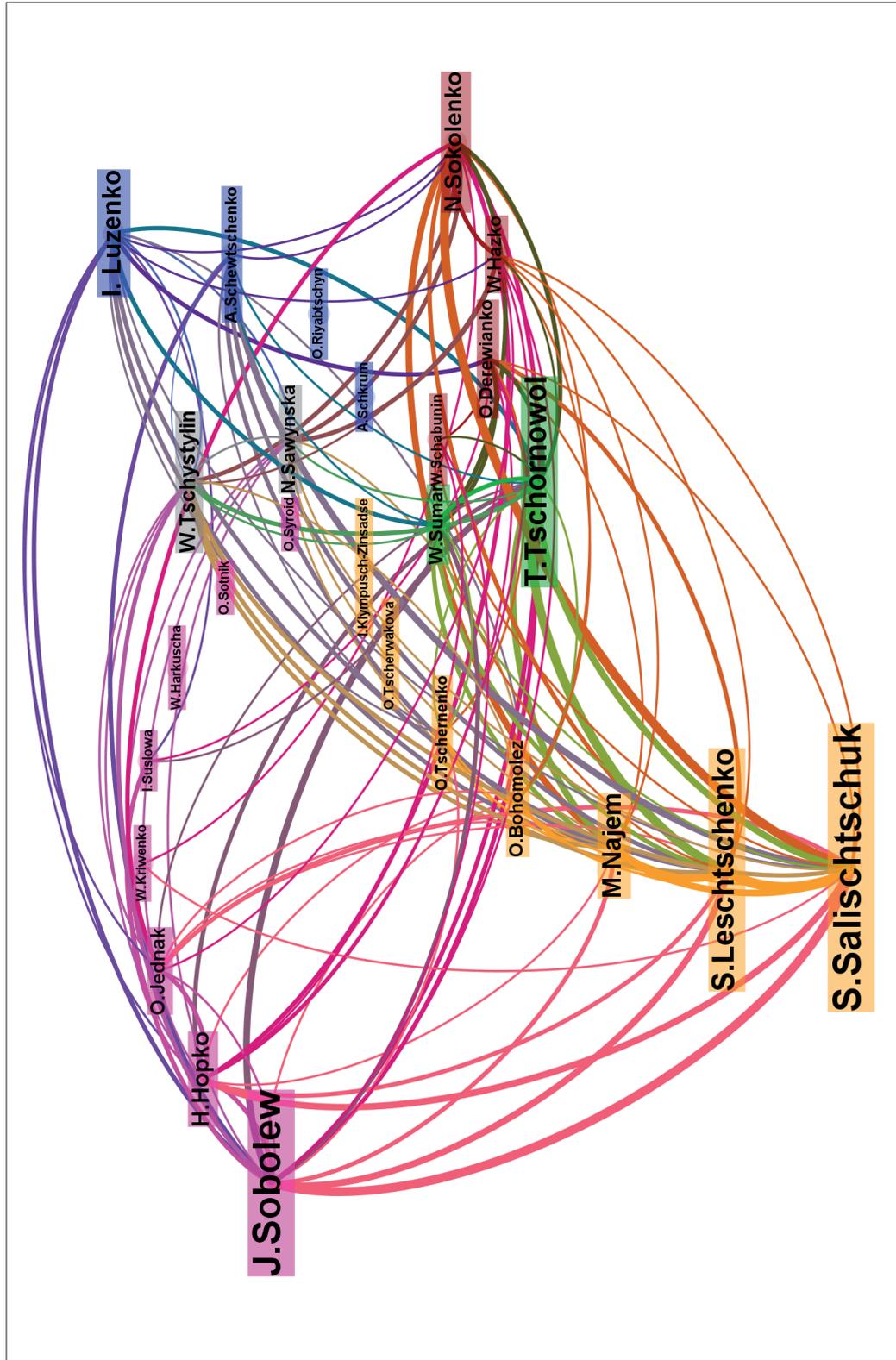
Über die Autorin:

Susann Worschech, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, promoviert an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu Netzwerkstrukturen der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihrer externen Förderung.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die neuen ParlamentskandidatInnen: Netzwerkanalyse

Grafik 1: Zivilgesellschaftliche AktivistInnen und JournalistInnen auf den Wahllisten zur Parlamentswahl in der Ukraine am 26. Oktober 2014



Anmerkung: Das Netzwerk wurde mit der Software Gephi erstellt: <https://gephi.org/> Die Farben der Namen zeigen gemeinsame Kandidaturen auf den Wahllisten an: Orange steht für den Block Poroschenko, blau für Vaterland, grün für die Volksfront, pink für die Bürgerliche Position und pink für Selbsthilfe. Die zwei DirektkandidatInnen sind grau hinterlegt. Die Stärke der Linien zeigt die Intensität der Beziehungen an. Häufiges gemeinsames Engagement in gleichen Organisationen führt zu stärkeren Linien. Die Schriftgröße des Namens symbolisiert die Zentralität der AkteurInnen – je zentraler sie sind, desto größer erscheint die Schrift.

Quelle: Susann Wörschch

Vorwahlbericht des Bürgernetzes OPORA (2.10.2014)

Interim Report on the Results of Observation Conducted by the OPORA during Early Parliamentary Elections in Ukraine: September 2014

Summary

Early Parliamentary elections in Ukraine are being organized while the military aggression of regular army units of the Russian Federation and illegal armed groups in some raions of Luhansk and Donetsk oblasts continues. In spite of the “truce” reached in Minsk by the Trilateral Contact Group comprising rebels, Ukraine and the OSCE, Ukrainian troops are still under armed attacks and firing. According to the UN, the number of internally displaced persons in Ukraine is above 300,000. Citizens of Ukraine living on the temporarily occupied Autonomous Republic of Crimea are not involved in political processes. Therefore, the agenda of early parliamentary elections includes not only due application of electoral legislation and adherence to international standards of election administration, but also the efficient counteraction to challenges that are not related to the election process directly.

The key challenges are the following: 1) Safety during organization and conduct of the voting process on territories involved in conflict; 2) stable functioning of election commissions and protection of their members; 3) transportation of election documentation and ballot papers; 4) free access to impartial and balanced information for citizens living in the operational area, and 4) voting with any pressure, threats or harassment by illegal armed groups. As of 1 October, the election campaign and the voting can be organized at all polls in 8 districts (ED #46–50, 55–59), at some polls in districts #45, 52, and 53, and at no polls in the remaining 9 districts of Donetsk oblast. In Luhansk oblast, the voting can be organized fully in one district (ED #113 centered in city of Svatovo), partly in 5 districts (ED #105–107, 112, and 114), and cannot be organized in 5 districts (ED #104, 108–111). Such tendency remains stable since 10 September, when OPORA’s observers promulgated preliminary data concerning the voting on territories of military operations. Thus, in the best-case scenario, the elections will be held in 18 of 32 districts of Donbas; in the worst-case scenario—only in 9.

OPORA has analyzed the functioning of election commissions and rotations in their membership initiated by parties. As of 1 October, 25% of commission members were substituted, what is neither small amount, nor critical for due organization of elections. The number of substitutions was the highest in Donetsk, Odesa, and Kirovohrad oblasts. The Our Ukraine has substituted the largest number of its representatives in DEC’s. The CPU, on the contrary, turned out to be the most stable.

30 October was the last day for registration of MP candidates. In total, the CEC has registered 6,627 citizens, and 819 citizens received a refusal. OPORA’s report contains information about reasons for refusals, and the analysis of campaign participants. As for the positive tendencies, the number of women candidates has increased in party lists (25.78%) and the number of young candidates has increased as well (32.17%). The largest number of MPs of the Verkhovna Rada of VII convocation are nominated by the Petro Poroshenko Block (42 candidates). 302 MPs of the Verkhovna Rada of VII convocation participate in these early elections.

In late September, the campaigning has intensified in all Ukrainian regions. Although observers started reporting incidents of bribery, which should be taken care of by law-enforcement bodies, the misuse of administrative resources is not widespread in comparison with 2012. We remind that according to OPORA’s rating, the misuse of powers by public officials was the most widespread violation during the last regular elections to the Parliament.[2]

In late September, some resonant incidents occurred, related to the use of force against candidates Viktor Pylypshyn [3] and Nestor Shufrych. OPORA hopes that incidents of violence were an exception, and the election will be held legitimately and freely.

(...)

Course of the Election Campaign

Similarly to the last Presidential elections, candidates and parties were not very active in campaigning efforts during the first month of the election process. Electoral subjects were mainly focused on formation of party lists and agreements on candidates in single-member districts. The level of competition on this stage is lower than in previous parliamentary elections.

Less than 10 of 52 political parties registered in the CEC as electoral subjects conduct systematic nationwide campaigning activities. The AUU Batkivshchyna, the Civic Position, and the Petro Poroshenko Block conducted the most prominent campaigning in September. The People's Front, the Radical Party, the AUU Svoboda, the Samopomich NGO and the Strong Ukraine were less active. Besides that, observers reported outdoor advertising of the All-Ukrainian Agrarian Union Zastup, the Internet Party of Ukraine, the Liberal Party, the Opposition Bloc, and the Party 5.10.

The false start of the election campaigning was the major tendency in September. Parties and majoritarian candidates started massive dissemination of campaigning materials and conduction of public events yet before registration in the CEC. In particular, the following parties started campaigning too early: AUU Batkivshchyna, AUU Svoboda, Petro Poroshenko Block, Civic Position, Radical Party, Liberal Party of Ukraine, Internet Party of Ukraine, Strong Ukraine, and All-Ukrainian Agrarian Union Zastup. In September, observers of the Civil Network OPORA repeatedly reported the presence of outdoor political advertising without an imprint and materials with features of election campaigning in published in local media by the abovementioned political parties.

Taking into consideration that these parties were not registered officially as electoral subjects when such materials were disseminated, they didn't have to meet legislative requirements concerning mandatory use of electoral funds for campaign financing, as well as the obligation to give information about the customer, printing house, and number of copies on campaigning materials. Thus, most of campaigning materials that had appeared yet in late August and early September were without an imprint and financed from other sources than electoral funds. These facts give the reason to think that some parties and candidates deliberately delayed registration in the CEC to avoid mandatory procedures, provided by the Law of Ukraine on Elections of People's Deputies of Ukraine.

Today, the abovementioned participants of the race use outdoor advertising (campaigning slogans and calls on billboards, city lights, posters), publish information materials in the media and disseminate campaign materials through campaigners and campaigning tents. Political parties didn't use traditional campaigning events like meetings, demonstrations, and concerts.

Campaigning materials usually are not regionally-oriented. They are usually designed by the center and are the same for all regions. Parties conduct more active campaigns in oblast centers and big cities. In cities, outdoor advertising (billboards, city lights, tents) is the most popular form of campaigning, in villages—street campaigning (meetings with voters) and direct door-to-door campaigning (dissemination of printed campaign materials).

Today, only the Civic Position has launched a wide-scale street campaigning. Its campaigning tents can be noticed in most of oblasts. Besides the Civic Position, campaigning tents are also used by the AUU Batkivshchyna and AUU Svoboda. However, this campaigning instrument is predominantly used now at the discretion of local election headquarters.

In fact, all the most active candidates publish articles and information materials with hidden advertising and without proper marking in local media. Hidden visual advertising was used by the Civic Position (on billboards using not full name of the party—"it's our civic position") and the Svoboda (on billboards "who and how voted for the Law on Lustration").

All candidates make references to the war in their campaigning speeches, and usually use populist slogans. Besides that, candidates use charitable activities in favor of army for campaigning purposes. All such charity events organized by candidates have features of indirect voter bribery.

Lustration is another topical issue in campaigning of parties and candidates. Their attempts to draw officials who held their positions during Yanukovich presidency to responsibility in the course of election campaign are usually accompanied by actions that limit the rights of electoral subjects.

On the stage of registration, parties usually emphasized that ATO participants, civic activists or journalists are included in their party lists.

The fact that the Party of Regions refused to participate in the race has considerably influenced the course of election campaign. As a result, MPs who represented this party in the Verkhovna Rada of VII convocation run as self-nominated candidates in the same districts they were elected in 2012. Such manipulative solutions confuse the voters and give electoral benefits to candidates.

Some parties (AUU Batkivshchyna, Petro Poroshenko Block, UDAR, People's Front, and Civic Position) created a wide network of election headquarters (to the level of raions) in most regions of Ukraine. Election headquarters are mainly focused on mobilization of campaigners and attraction of people to work in precinct election commissions. (...)

Quelle: <<http://oporua.org/en/news/6307-promizhnyj-zvit-za-rezultatamy-sposterezhenja-opory-pid-chas-pozachergovyh-vyboriv-narodnyh-deputativ-ukrajiny-veresen-2014-roku>>

Vorwahlbericht des Wählerausschusses der Ukraine (7.10.2014)

Report No. 2 on Results of Long-Term Monitoring. Summary (15.09.–5.10.2014)

1. Although the Law “On Election of People’s Deputies of Ukraine” in general allows to hold early parliamentary elections according to international standards, a number of important issues of the election process are not regulated at all, and some of the existing provisions of the law should be improved. In particular, the law does not give the complete answer to the questions of safety assurance for election commissions, transportation of election documentation, voting, vote counting and tabulation in areas controlled by the separatists. The Parliament should immediately submit changes to the Law “On Elections of People’s Deputies of Ukraine” that will strengthen security measures during organization of elections in problem areas and allow the CEC to consider these elections failed if the electoral process does not comply with the legislation on election and international standards.
2. The main challenge of early elections is possible disruption in most districts in Donetsk and Luhansk oblasts. Issues of preventing any further attempts to disrupt the elections in districts located in Donetsk and Luhansk oblasts controlled by Ukrainian authorities and districts bordering Donetsk, Luhansk oblasts and Autonomous Republic of Crimea are also important. Ministry of Internal Affairs (MIA), Security Service of Ukraine (SSU) and the Ministry of Defence of Ukraine should carefully analyze existing and potential risks to the electoral process within these regions and implement the plan to minimize these risks, focusing on the safety of voters.
3. The CEC carries out its activities on preparation for the early election according to the requirements of the law. Most of the acts required for the proper application of the law “On Elections of People’s Deputies of Ukraine” were adopted by the CEC before the start of election process. The main problem of the CEC is the lack of sufficient financial and human resources to conduct large-scale training of commission members, processing documents submitted by potential participants of the election process for their registration on elections.
4. The work of the CEC on registration of candidates gave rise to complaints from candidates, including issues of impartiality of the CEC. Presence of such complaints is natural. On the other hand, a number of the CEC decisions on registration or on refusal of registration of candidates were reviewed in court, and the courts have not always approved the position of the CEC. Documents of some candidates and parties were inspected by the CEC more carefully than of others, which led to opposite decisions in similar cases (decisions on registration V.Khoroshkovskiy, S.Piskun etc.). In future, the CEC should work out a mechanism for interaction with the State Border Service, Ministry of Internal Affairs of Ukraine, the State Penitentiary Service that would allow quickly assess candidates’ data for compliance with the Constitution before making decisions on their registration.
5. The problem of stable DEC composition is still so much urgent as it was on the presidential election of 2014. As of early October, more than a quarter of DEC members were changed, and the CEC continues to make changes in DEC composition. Frequent changes of DEC members don’t contribute to proper organization of the electoral process/ It also weakens the effectiveness of training of commission members for organizational issues of elections, organised by the CEC and international donors. In future, the electoral law should be amended in order to limit opportunities to replace commission members by subjects of their nomination to commission.
6. In general DEC implement their activities according to the law. In some districts issues of material and technical support of DEC (building, transport, Internet, etc.) are still urgent. There were only some cases that DEC activities were blocked due to lack of quorum at meetings. Main violations of DEC are late submissions of copies of approves decisions and minutes of meetings to the CEC, breaking requirements to announce the results of DEC activities on newsboard, etc.
7. Candidates’ registration and campaigning is still followed with unfair practices. In many districts there are so-called “technical” candidates who do not hold campaigning, the real aim of their participation in the electoral process is to retract votes from certain candidates. Registration of so-called “clones”, i.e. candidates with identical last names, and even with identical first and last names, is massive. Many candidates also changed the subjects of their nomination for election, which reveals that the party system wasn’t developed enough, as well as it reveals the level of integrity of such candidates.

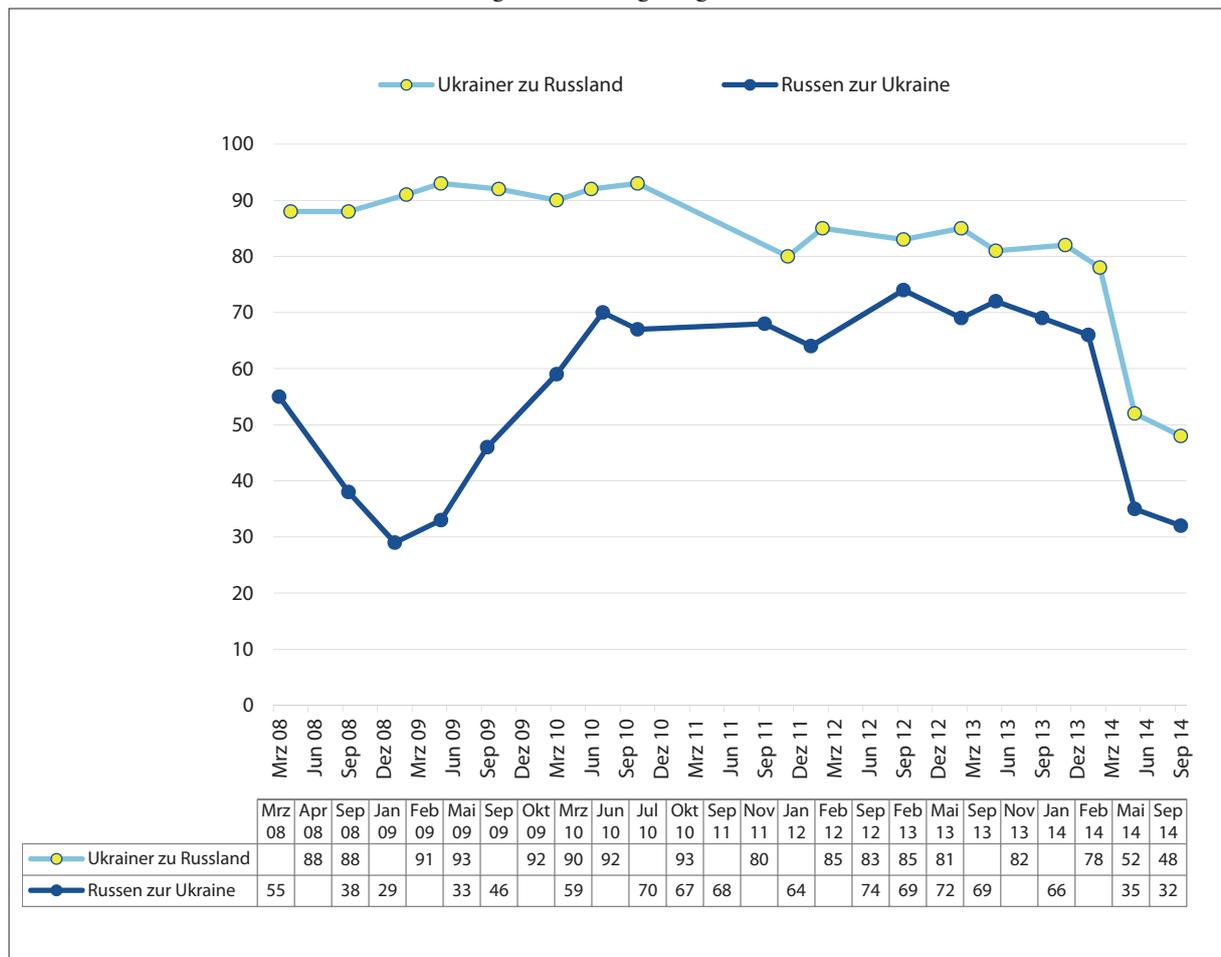
8. The positive moment of election 2014 is reduction of the use of administrative resources during election by parties and candidates. There only some cases that officials participate in campaign activities.
9. On the other hand, the candidates continue the active use of technology of direct and indirect bribery of voters, distributing money, goods, works and services personally or through the network of activists, as well as through their own charitable foundations, networks of specifically employed persons ("brigadiers", etc.). Bodies of Internal Affairs should give proper legal assessment of these actions. In future administrative and criminal liability for certain actions should also be reinforced.
10. Outdoor political advertising without any initial data is quite common during parliamentary elections of 2014, which probably shows the shadow financing of election campaigns. Billboards and other political advertising media with campaigning materials without any initial data are placed by almost all main political forces.
11. Taking into account huge volume of television, radio and outdoor advertising, the cost on its production and placement was not significantly reduced compared to previous elections (total cost decreased only due to reduced duration of the electoral process). After the election, the Law "On Elections of People's Deputies of Ukraine" should be amended in order to prohibit paid political advertising on television and radio during the election process.
12. Agitation is still of very poor content and is built on speculations about war and peace, lustration and other similar topics. Meaningful discussions on directions of country development are not held by political forces.
13. The quantity of hidden political advertising in media (so-called "jeans") is still significant.
14. The distinguishing feature of elections in 2014 is violence towards the candidates committed by voters (ejection candidates into garbage, beating, etc.). Law enforcement bodies should carefully examine relevant cases and ensure prosecution of persons who organize and/or fulfil illegal activities, as provided by the law.
15. As during presidential election in 2014 damage of campaign materials on outdoor advertising is massive. Law enforcement authorities should take measures to create conditions for free campaigning by parties and candidates, including posting campaign materials on billboards. Destruction or damage of such materials should be a subject of proper legal assessment and bring the perpetrators to justice.
16. Cases of "black PR" against certain candidates have not yet become widespread.
17. The activities of local authorities on preparation for elections are creating appropriate conditions for election commission's work. Bodies of State Voter Register in general can provide effective and efficient updates of voter registration database of the State Voter Register. However, these bodies do not sufficiently inform voters about the order of keeping the State Register of Voters, compiling and updating voter lists etc. In future relevant information campaigns should be planned for budgetary funding.

Quelle: <<http://www.cvu.org.ua/eng/nodes/view/type:news/slug:2-16-5>>

UMFRAGE

Ukrainisch-Russische Beziehungen in Umfragen

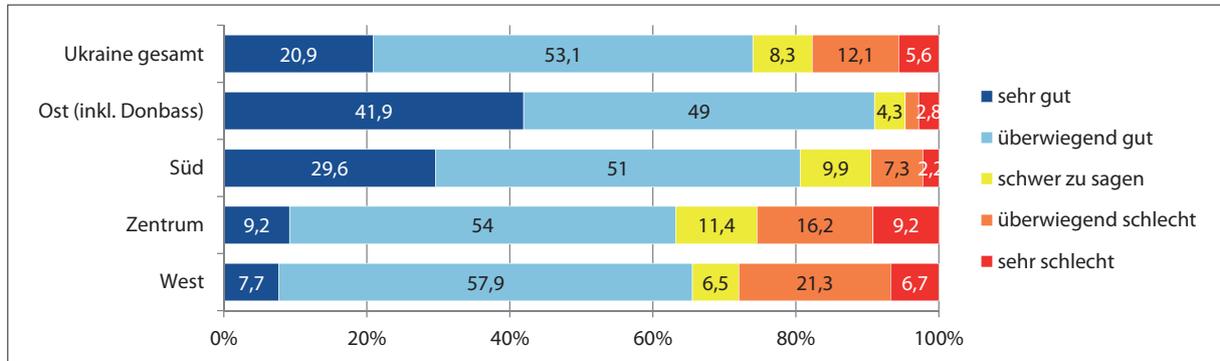
Grafik 1: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung zur Ukraine / zu Russland?
(in %, hier nur Antworten sehr gut / überwiegend gut)*



* In Russland wurde die Frage in Bezug auf die Ukraine, in der Ukraine in Bezug auf Russland gestellt.

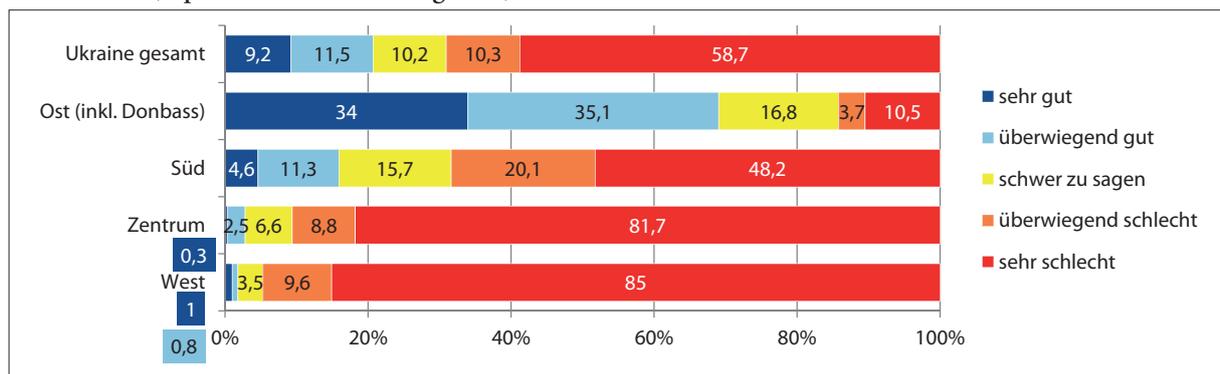
Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. In Russland wurden 1.600 Menschen ab 18 Jahren in 46 Regionen befragt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>

Grafik 2: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung gegenüber Russen? (September 2014, nach Regionen)

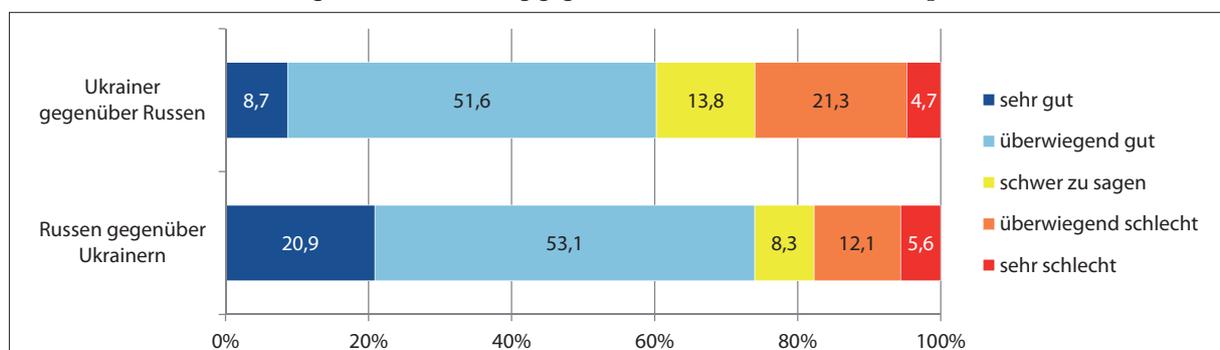
Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>

Grafik 3: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung gegenüber der russischen Führung? (September 2014, nach Regionen)

Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

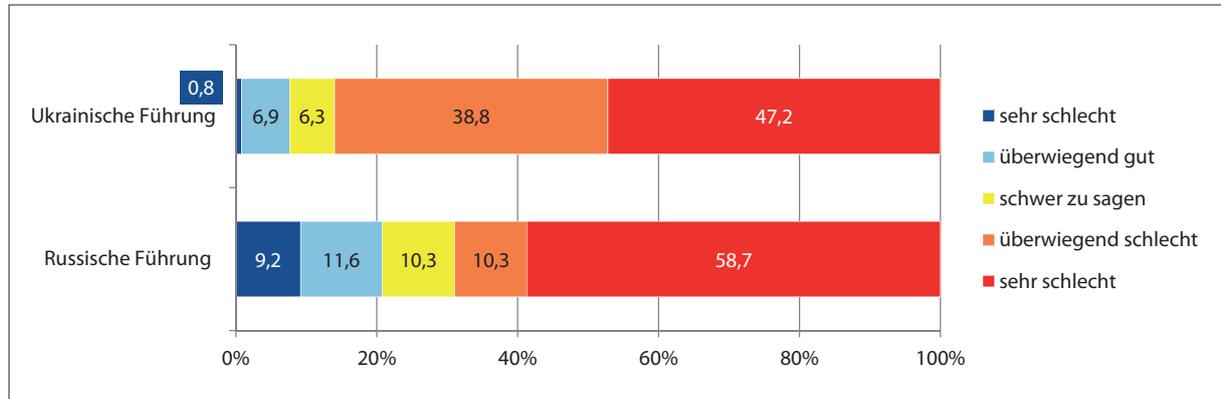
Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>

Grafik 4: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung gegenüber Russen / Ukrainern?* (September 2014)

* In Russland wurde die Frage in Bezug auf die Ukrainer, in der Ukraine in Bezug auf die Russen gestellt; Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. In Russland wurden 1.600 Menschen ab 18 Jahren in 46 Regionen befragt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>

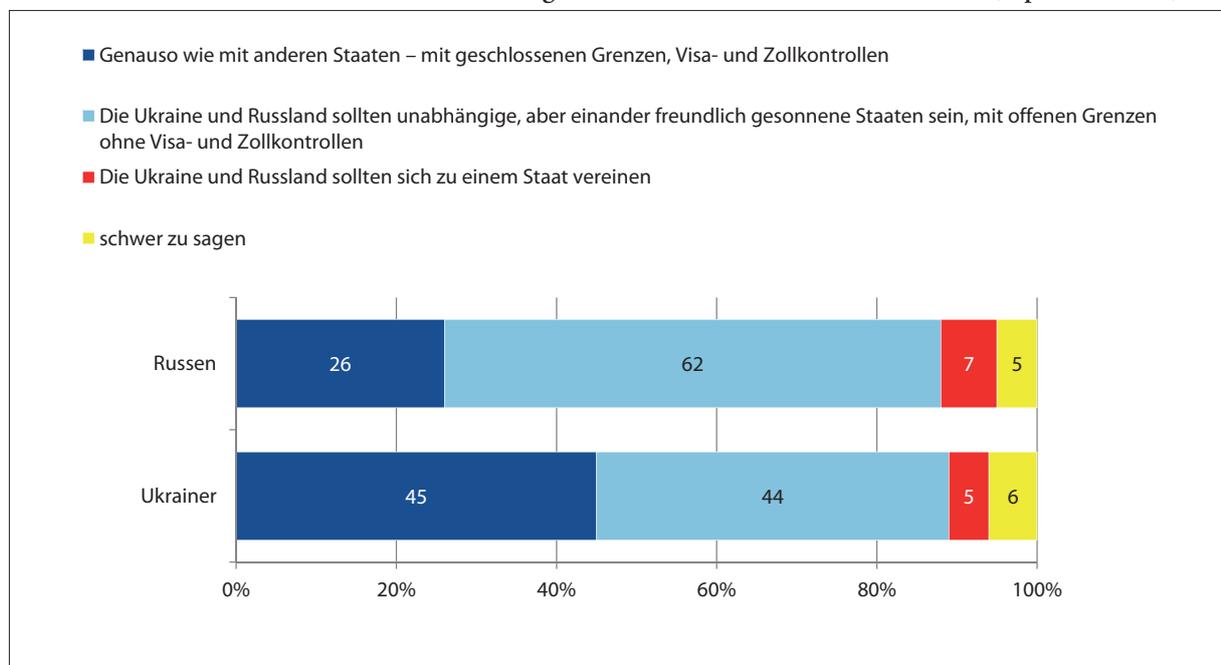
Grafik 5: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung gegenüber der russischen / ukrainischen Führung?*
(September 2014)



* In Russland wurde die Frage in Bezug auf die ukrainische Führung, in der Ukraine in Bezug auf die russische Führung gestellt; Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. In Russland wurden 1.600 Menschen ab 18 Jahren in 46 Regionen befragt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>

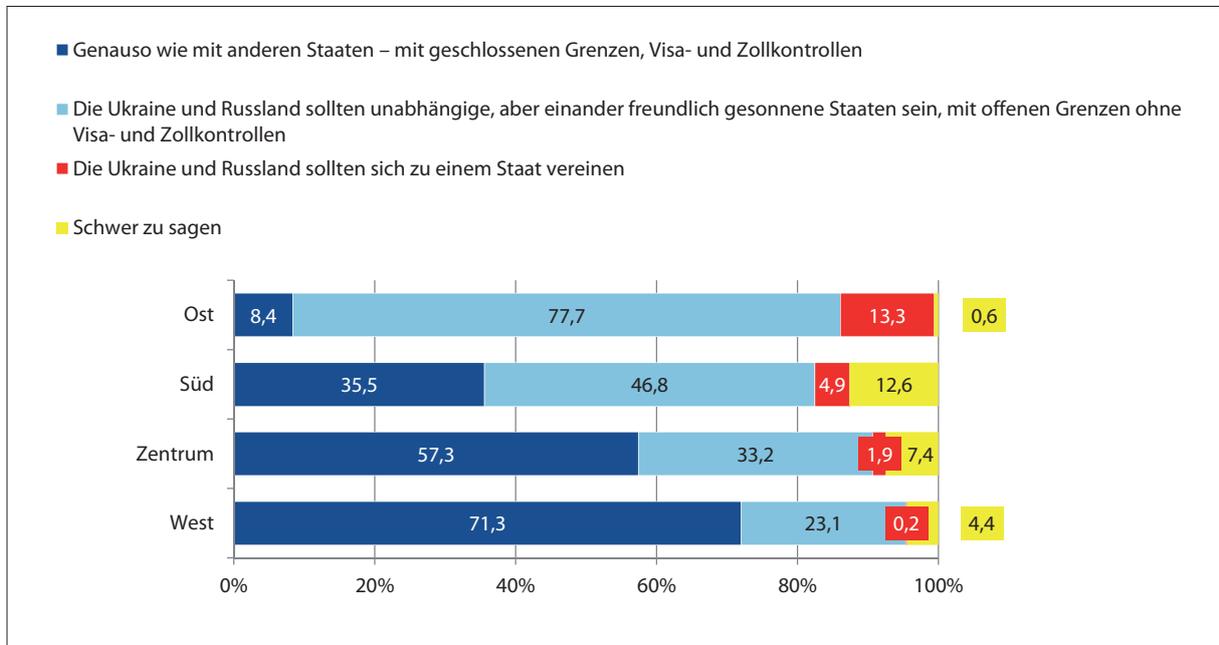
Grafik 6: Wie wünschen Sie sich die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine? (September 2014)



Anmerkung: In der Ukraine wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. In Russland wurden 1.600 Menschen ab 18 Jahren in 46 Regionen befragt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), zusammen mit dem ukrainischen Fond demokratischer Initiativen (DIF) und dem russischen Lewada-Zentrum, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=404&page=1>>, <<http://www.levada.ru/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>

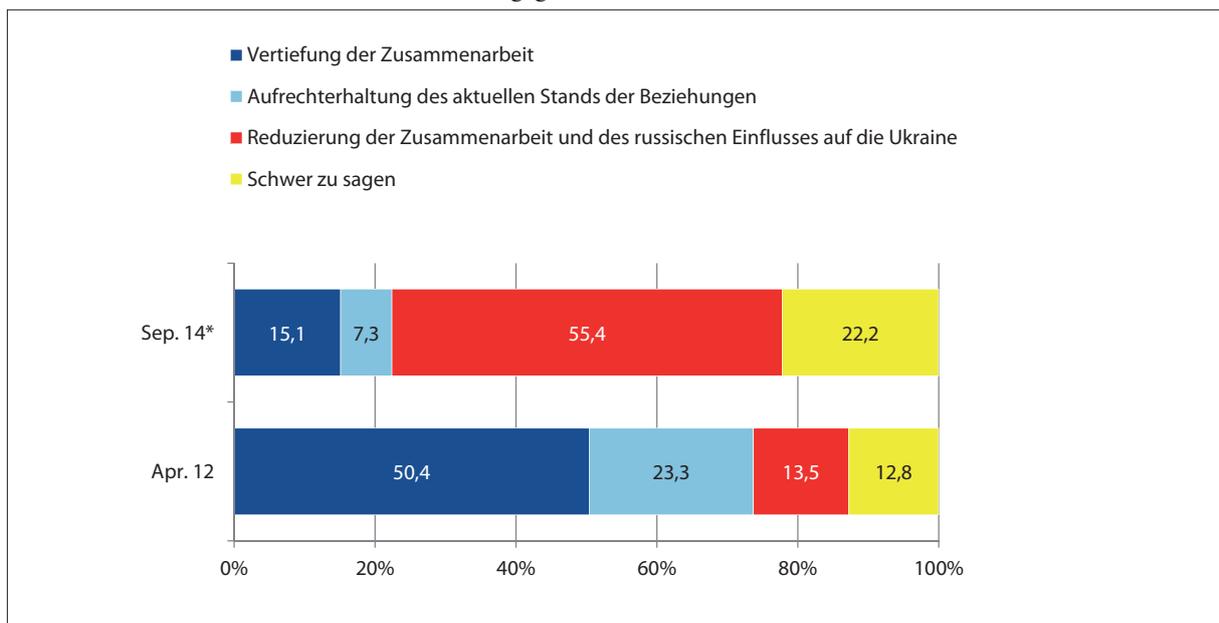
Grafik 7: Wie wünschen Sie sich die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine?
(Umfrage in der Ukraine, September 2014, nach Regionen)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=404&page=1>>

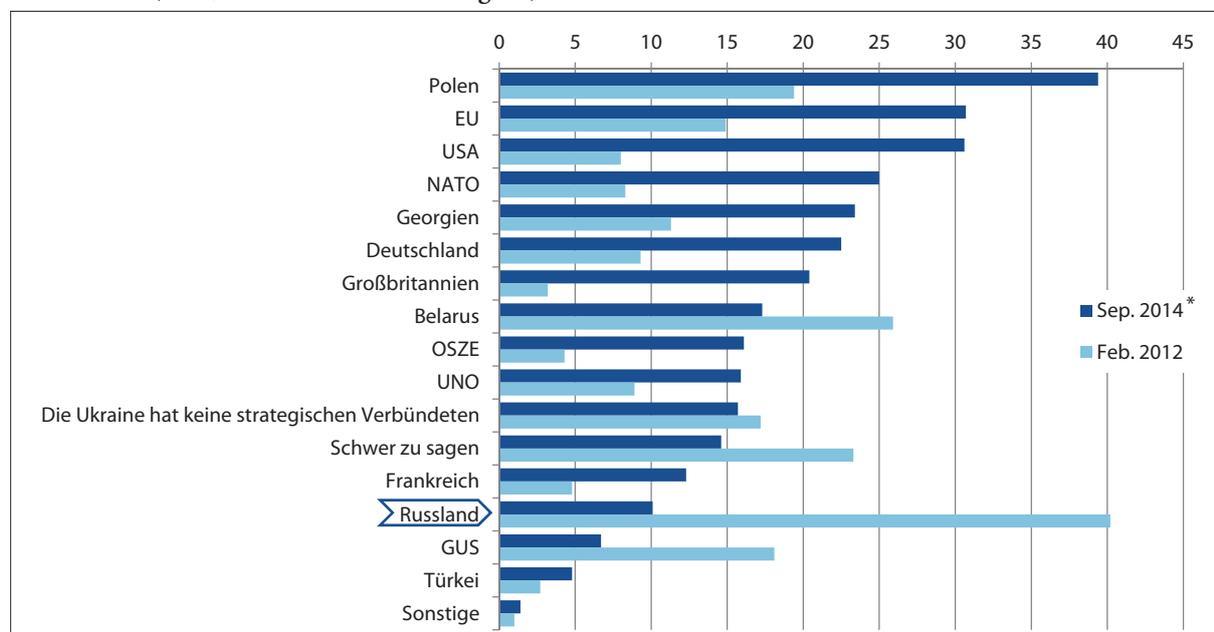
Grafik 8: Welche Politik sollte die Ukraine gegenüber Russland betreiben?



* Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 9: Welche Länder und Organisationen sind unsere strategischen Verbündeten?
(in %, mehrere Antworten möglich)



* Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

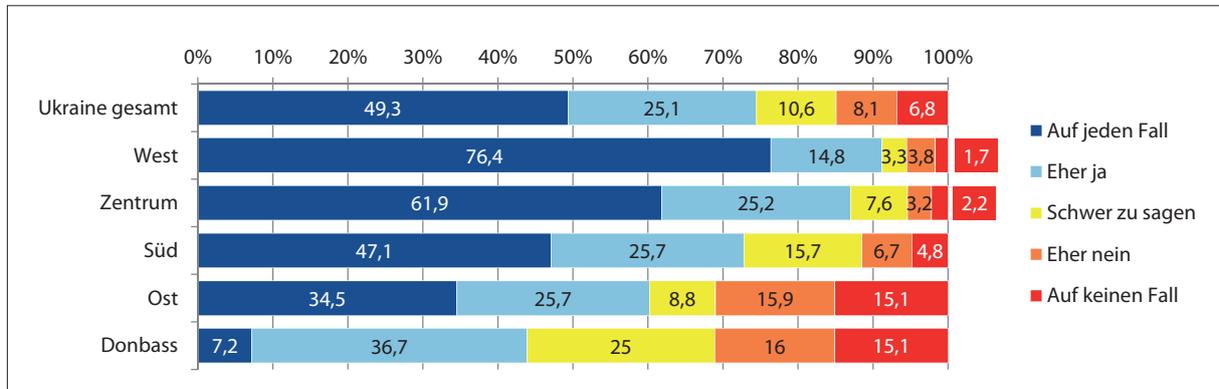
Tabelle 1: Welche Länder und Organisationen sind unsere strategischen Verbündeten?
(in %, mehrere Antworten möglich)

	Februar 2012	September 2014*					
		Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Russland	40,2	10,1	0,5	2,3	17,7	17,5	25,6
Belarus	25,9	17,3	4,1	9,2	31,6	33,5	24
Polen	19,4	39,4	60,7	42,2	27	35,5	18,8
GUS	18,1	6,7	0,2	0,9	13,1	11	18,4
Die Ukraine hat keine strategischen Verbündeten	17,2	15,7	10,6	16,1	22,8	14,7	18,1
EU	14,9	30,7	43,4	31,3	16,3	32,8	19,9
Georgien	11,3	23,4	36	23,4	19,2	18,2	16,2
Deutschland	9,3	22,5	24,3	20,3	15,8	32,5	17,8
UNO	8,9	15,9	27,8	14,8	14	10,8	10
NATO	8,3	25	39,8	29,1	13,6	21,5	8,4
USA	8	30,6	49,4	30,1	17,8	28,4	18,7
Frankreich	4,8	12,3	18,5	8,9	9,3	15,1	10,6
OSZE	4,3	16,1	16,5	16,4	16,8	12,1	19,1
Großbritannien	3,2	20,4	27,1	19,6	18,6	18,8	16,6
Türkei	2,7	4,8	5,8	4,1	8,9	2,7	4,4
Sonstige	1	1,4	4,3	0,3	0,5	1,1	0,9
Schwer zu sagen	23,3	14,6	11	15,7	22	11,3	15,9

* Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

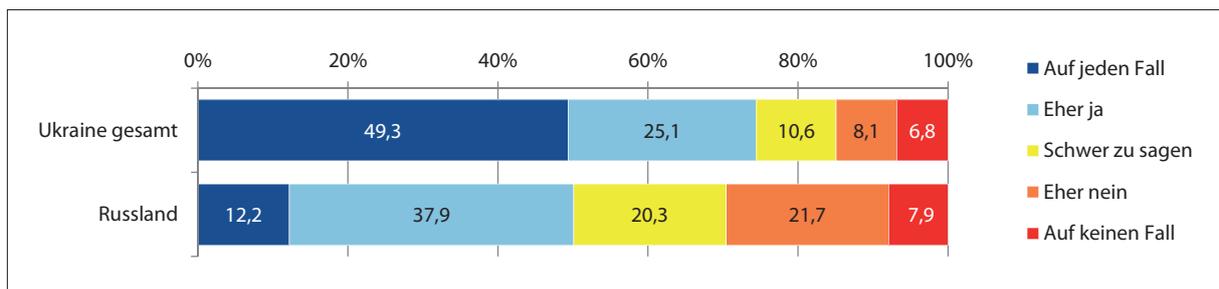
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 10: Stimmen Sie der Behauptung zu, dass Russland die prorussischen Kräfte in der Ost-Ukraine aktiv unterstützt?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

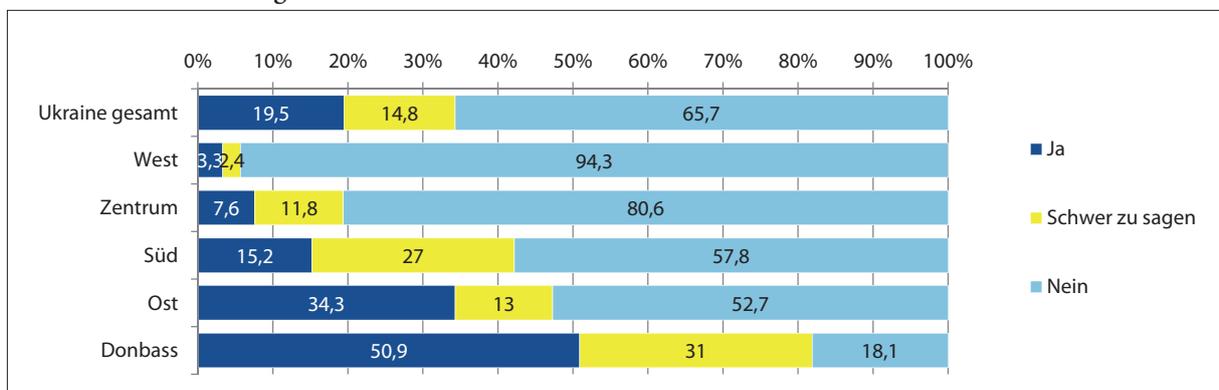
Grafik 11: Stimmen Sie der Behauptung zu, dass Russland die prorussischen Kräfte in der Ost-Ukraine aktiv unterstützt?



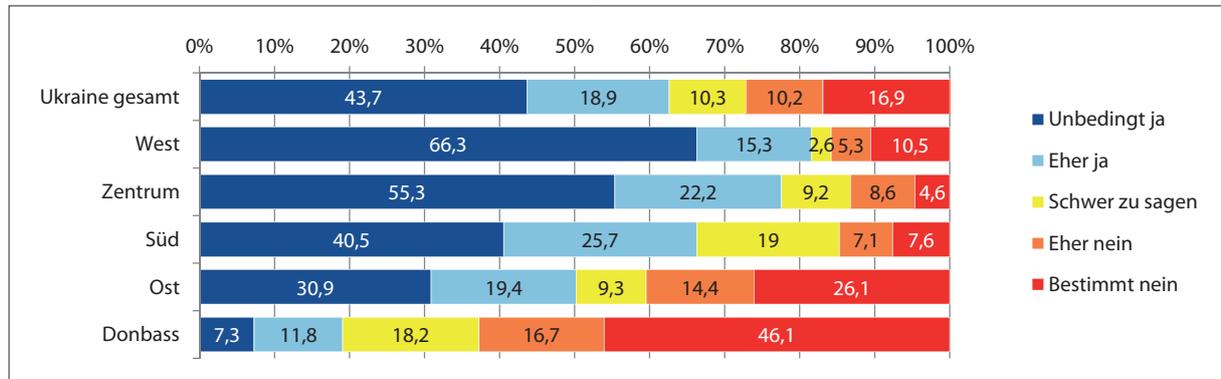
Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) und 1.600 Menschen in Russland befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014 in der Ukraine, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>, repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. bis zum 25. August 2014 in Russland, <http://www.levada.ru/29-08-2014/ukrain-skii-krizis-vnimanie-uchastie-rossii-budushchee>

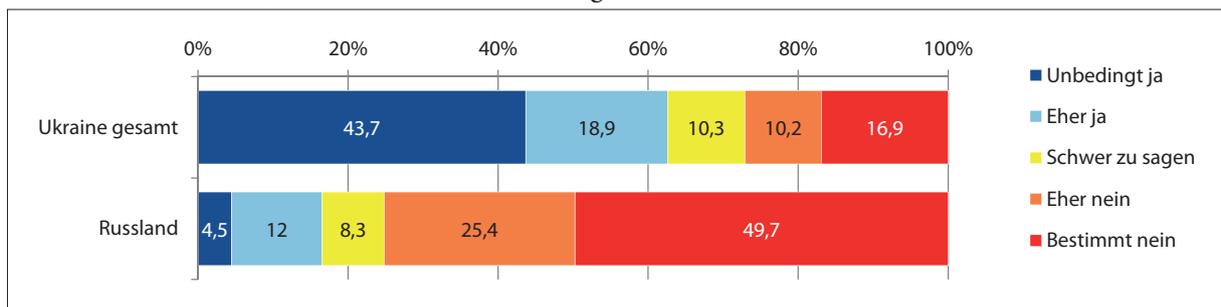
Grafik 12: Stimmen Sie der Behauptung zu, dass Russland das Recht hat, die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung in der Ost-Ukraine zu schützen?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

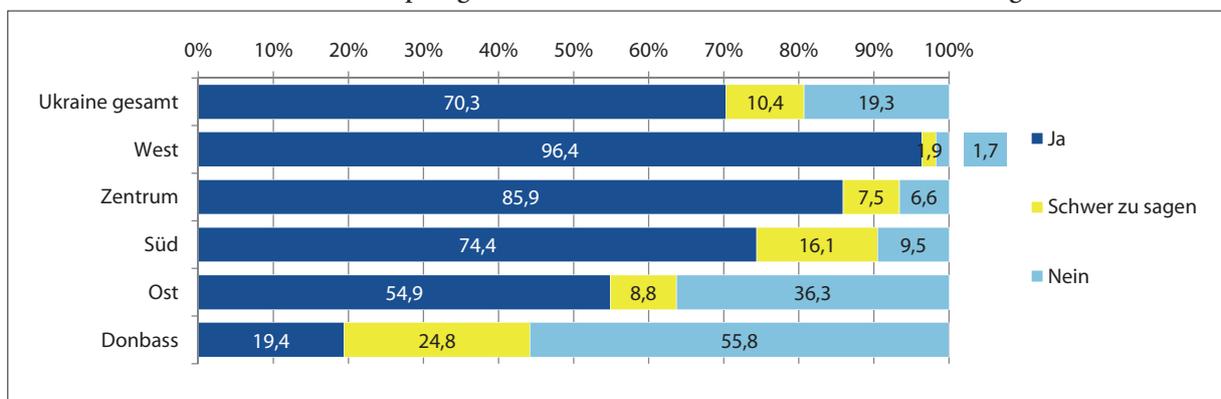
Grafik 13: Meinen Sie, dass Russland für das Blutvergießen und die Toten in der Ost-Ukraine verantwortlich ist?

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.
 Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlenncina-miru.htm>>

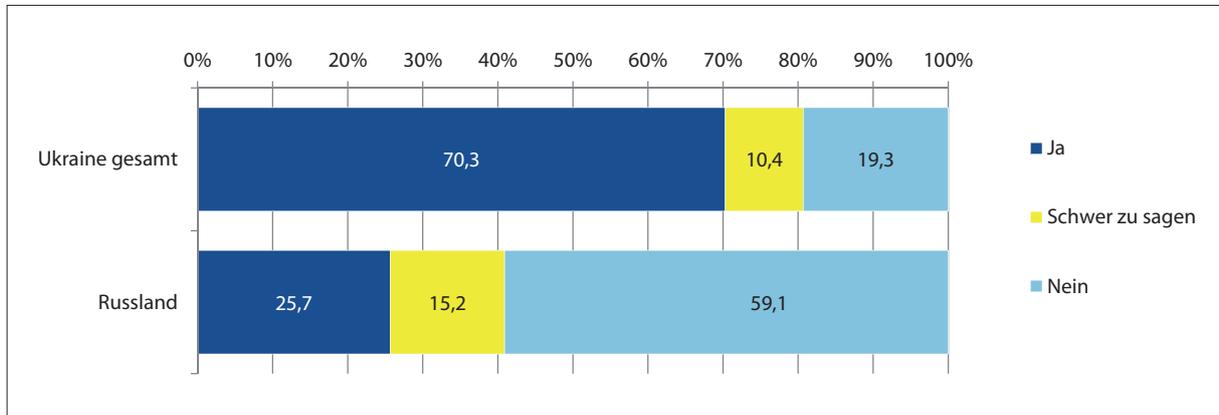
Grafik 14: Meinen Sie, dass Russland für das Blutvergießen und die Toten in der Ost-Ukraine verantwortlich ist?

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) und 1.600 Menschen in Russland befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014 in der Ukraine, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlenncina-miru.htm>>, repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. bis zum 25. August 2014 in Russland, <http://www.levada.ru/29-08-2014/ukrain-skii-krizis-vnimanie-uchastie-rossii-budushchee>

Grafik 15: Stimmen Sie der Behauptung zu, dass zwischen der Ukraine und Russland Krieg herrscht?

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.
 Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KMIS) vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlenncina-miru.htm>>

Grafik 16: Stimmen Sie der Behauptung zu, dass zwischen der Ukraine und Russland Krieg herrscht?

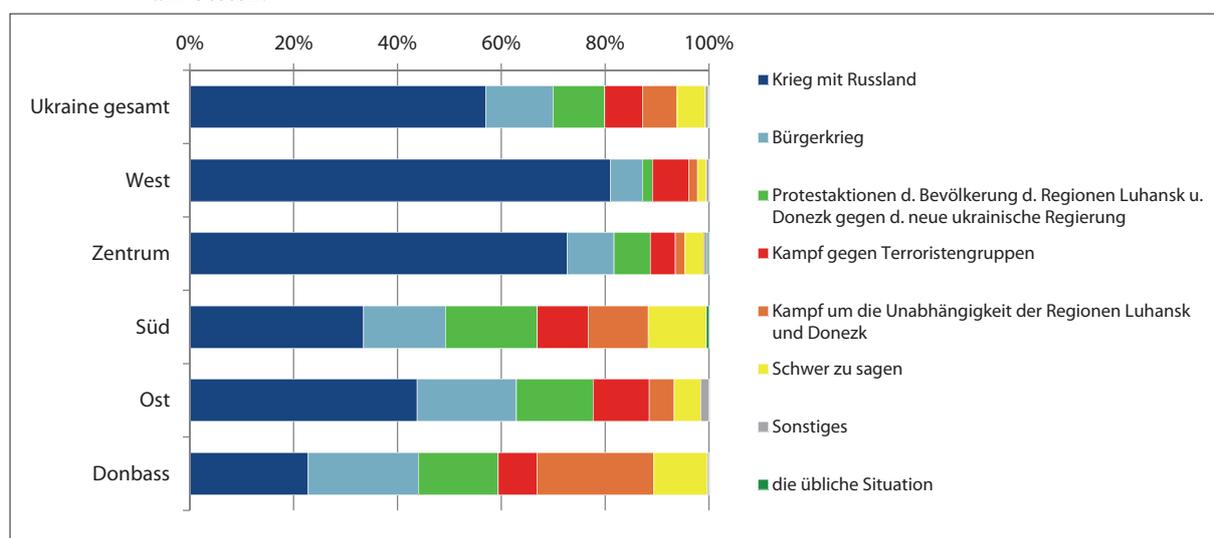
Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) und 1.600 Menschen in Russland befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014 in der Ukraine, <http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlenncina-miru.htm>, repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. bis zum 25. August 2014 in Russland, <http://www.levada.ru/29-08-2014/ukrain-skii-krizis-vnimanie-uchastie-rossii-budushchee>

UMFRAGE

Der Militärkonflikt in Umfragen

Grafik 1: Welche der folgenden Bezeichnungen trifft die aktuelle Situation im Donbass Ihrer Meinung nach am besten?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

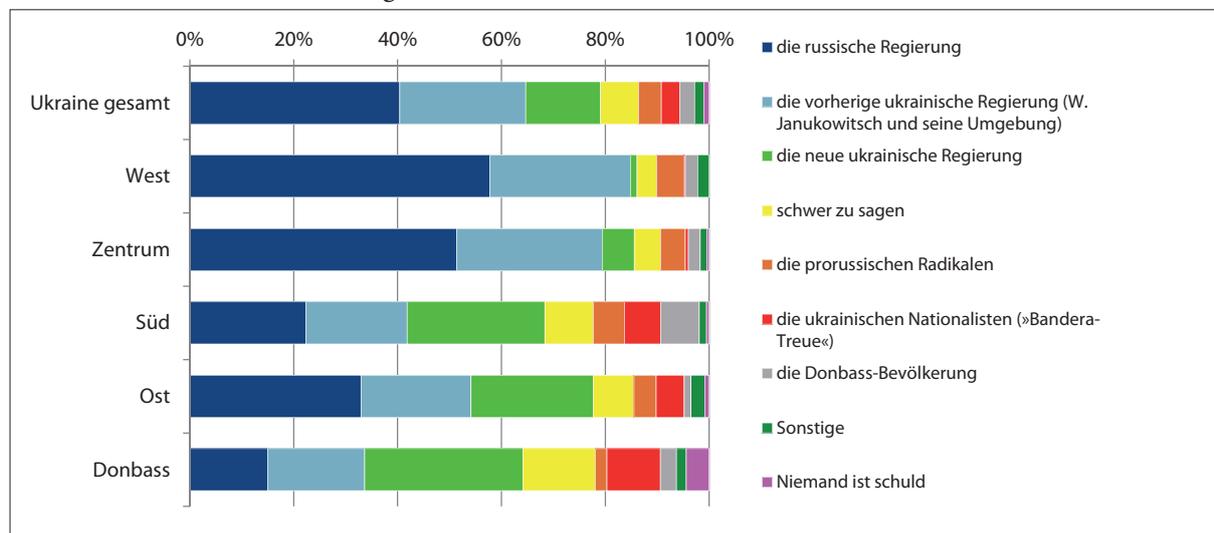
Tabelle 1: Welche der folgenden Bezeichnungen trifft die aktuelle Situation im Donbass Ihrer Meinung nach am besten? (in %)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Krieg mit Russland	57	81,1	72,8	33,5	43,8	22,8
Bürgerkrieg	13	6,2	9	15,8	19,1	21,3
Protestaktionen der Bevölkerung der Regionen Luhansk und Donezk gegen der neue ukrainische Regierung	9,9	1,9	7	17,7	14,8	15,3
Kampf gegen Terroristengruppen	7,3	7	4,8	9,8	10,8	7,5
Kampf um die Unabhängigkeit der Regionen Luhansk und Donezk	6,7	1,7	1,9	11,6	4,8	22,5
Schwer zu sagen	5,4	1,7	3,7	11,2	5,1	10,3
Sonstiges	0,6	0,5	0,6	0	1,6	0,3
Die übliche Situation	0,1	0	0,3	0,5	0	0

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 2: Wer ist Ihrer Meinung nach an dieser Situation am meisten schuld?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Tabelle 2: Wer ist Ihrer Meinung nach an dieser Situation am meisten schuld? (in %)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Die russische Regierung	40,4	57,8	51,4	22,3	33	15
Die vorherige ukrainische Regierung (W. Janukowitsch und seine Umgebung)	24,2	27,1	28,1	19,5	21,2	18,7
Die neue ukrainische Regierung	14,4	1,2	6,1	26,5	23,6	30,5
Schwer zu sagen	7,3	3,8	5,1	9,3	7,8	14
Die prorussischen Radikalen	4,4	5,3	4,7	6	4,3	2,2
Die ukrainischen Nationalisten (»Bandera-Treue«)	3,6	0,2	0,6	7	5,4	10,3
Die Donbass-Bevölkerung	2,8	2,4	2,3	7,4	1,3	3,1
Sonstige	1,8	2,2	1,3	1,4	2,7	1,9
Niemand ist schuld	1	0	0,4	0,5	0,8	4,4

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

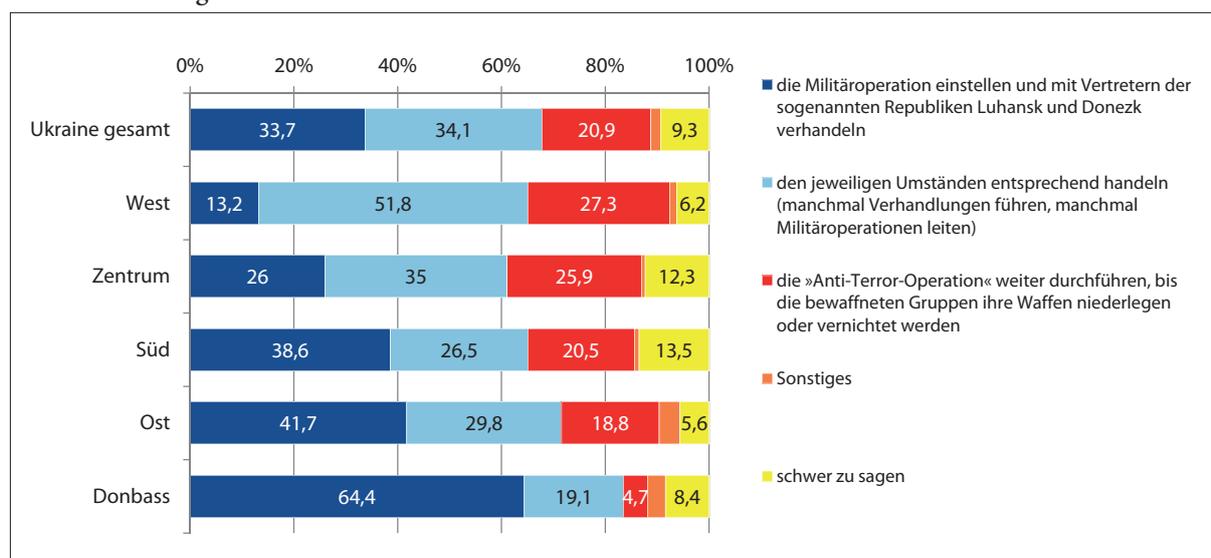
Tabelle 3: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für den Separatismus in der Ost-Ukraine?
(in %, drei Antworten möglich)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Provokationen und subversive Tätigkeiten Russlands	60,6	89,2	71,5	40,5	50,1	25,9
Die prorussische Stimmung eines beträchtlichen Anteils der Bevölkerung dieser Region	37,9	52,8	37,1	29,8	33,9	30,3
Aktionen der Donbass-»Oligarchen«	29,7	25,9	36	21,4	31,2	25
Der Machtwechsel im Land im Februar 2014	27,7	16,5	25	31,2	28,7	44,5
Fehler der neuen ukrainischen Regierung	19,7	12,9	13,5	27	21,4	35
Die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage dieser Region	17,3	7,9	12,8	18,2	29,8	24,1
Die Ereignisse auf der Krim	17,3	16,8	20,5	9,3	15,9	18,4
Provokationen und subversive Tätigkeiten der westlichen Länder	9,9	1,7	5,5	16,7	14	20,9
Die übermäßige Zentralisierung der Macht in der Ukraine	4,8	3,1	2	7	5,1	11,3
Schwer zu sagen	3,4	1	3,1	7,4	3,8	4,1
Sonstiges	1,8	1,9	1	3,3	1,6	2,2

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 3: Wie sollte die ukrainische Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen im Donbass Ihrer Meinung nach handeln? Sie sollte ...



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Tabelle 4: Fühlen Sie sich bedroht durch ... ? (in %, nur Ja-Antworten)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
ukrainische Nationalisten (»Bandera-Treue«)	15,4	0,2	4,4	24,7	22,5	44,5
prorussische Extremisten	65,7	77,2	82,2	55,3	56,7	32,4
russische Sicherheitsbehörden	70,7	88	87,5	60	59,9	31,9
ukrainische Sicherheitsbehörden	13,4	4,1	5,8	17,8	11,3	41,3

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

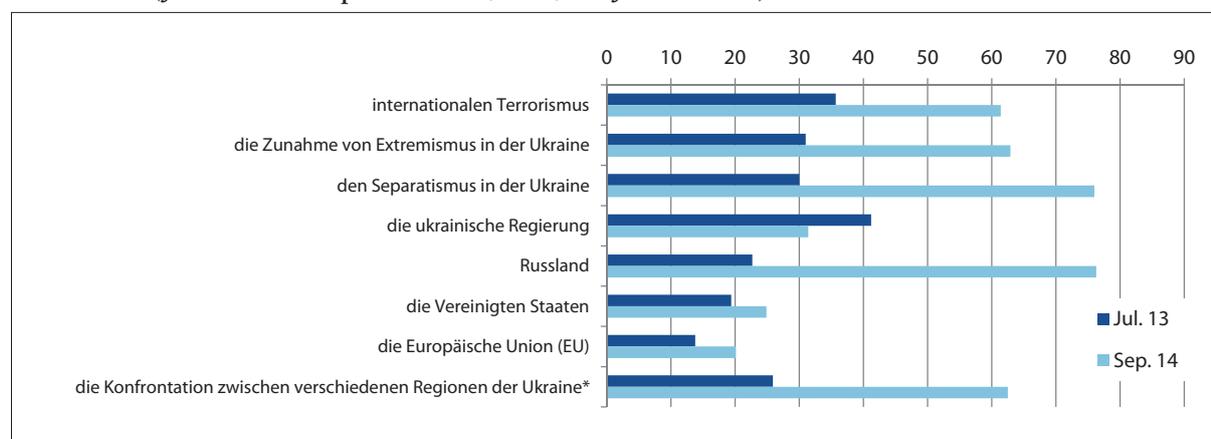
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Tabelle 5: Besteht Ihrer Meinung nach eine Bedrohung für die Ukraine durch ...? (in %, nur Ja-Antworten)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Eine externe bewaffnete Aggression	79,6	96,9	87,5	74,4	75,9	47,7
Russland	76,3	94,2	90,4	71,2	68,6	35
Den Separatismus in der Ukraine	76	78,9	86,9	71,6	71,5	56,9
Die Zunahme von Extremismus in der Ukraine	62,9	66,7	70,2	60,7	60,8	46,3
Die Konfrontation zwischen verschiedenen Regionen der Ukraine	62,5	57,8	72,2	57,2	64,5	41,3
Internationalen Terrorismus	61,4	57,8	67	57,9	58,9	66,4
Die ukrainische Regierung	31,4	16	30,7	45,8	34,9	39,4
Die USA	24,9	3,6	24,1	41,9	30,6	36,6
Die EU	20,1	3,4	20,5	38,8	21	28,1

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 4: Besteht Ihrer Meinung nach eine Bedrohung für die Ukraine durch ...? (Juli 2013 und September 2014, in %, nur Ja-Antworten)

* Bei der Antwortmöglichkeit »durch die Konfrontation zwischen verschiedenen Regionen der Ukraine« wurden Daten für Februar 2012 und September 2014 erhoben.

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Tabelle 6: Besteht Ihrer Meinung nach eine Bedrohung für die Ukraine durch ...?
(Juli 2013 und September 2014, in %, nur Ja-Antworten)

	Juli 2013	September 2014
Internationalen Terrorismus	35,7	61,4
Die Zunahme von Extremismus in der Ukraine	31	62,9
Den Separatismus in der Ukraine	30	76
Die ukrainische Regierung	41,2	31,4
Russland	22,7	76,3
Die Vereinigten Staaten	19,4	24,9
Die Europäische Union (EU)	13,8	20,1
Die Konfrontation zwischen verschiedenen Regionen der Ukraine*	25,9	62,5

* Bei der Antwortmöglichkeit »durch die Konfrontation zwischen verschiedenen Regionen der Ukraine« wurden Daten für Februar 2012 und September 2014 erhoben.

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.014 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 5. bis zum 10. September 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf>

Grafik 5: Welche Staatsform befürworten Sie?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

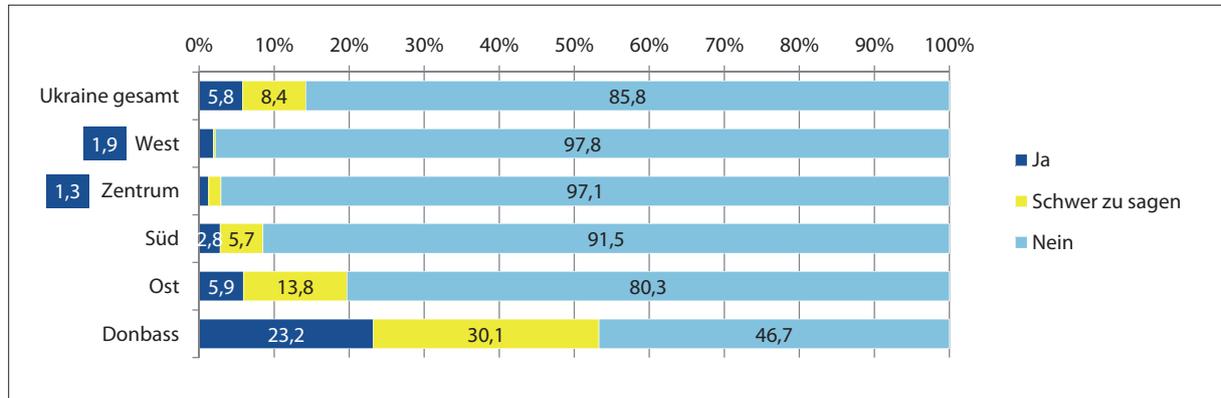
Grafik 6: Möchten Sie, dass Ihre Region sich von der Ukraine abspaltet und einen eigenen unabhängigen Staat gründet?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt.

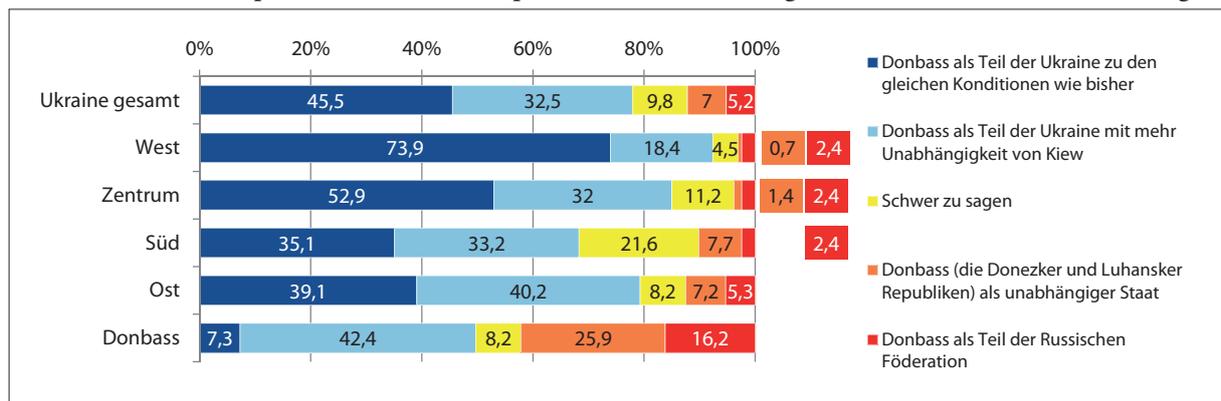
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

Grafik 7: Sind Sie der Ansicht, dass sich Ihre Region von der Ukraine abspalten und an einen anderen Staat anschließen soll?



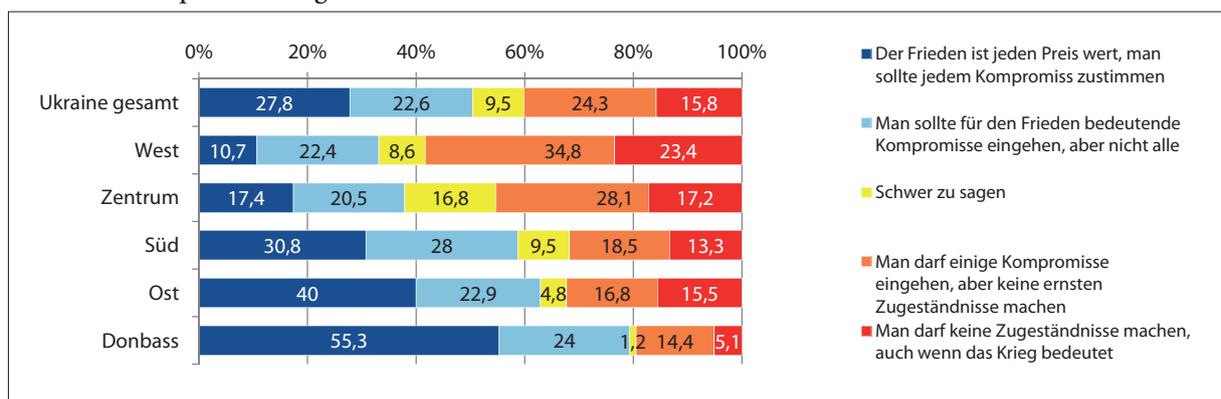
Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

Grafik 8: Welche Option würden Sie für die politische Zukunft der Regionen Donezk und Luhansk bevorzugen?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

Grafik 9: Sollte man zugunsten des Friedens bei den Verhandlungen über die Lösung des Konflikts im Donbass Kompromisse mit Russland und den Vertretern der selbsternannten Donezker und Luhansker Republiken eingehen?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

Tabelle 7: Wenn Sie meinen, dass Kompromisse für den Frieden möglich sind, welche sind zulässig? (in %, mehrere Antworten sind möglich)

	Ukraine gesamt	West	Zentrum	Süd	Ost	Donbass
Erweiterung der Befugnisse der lokalen Verwaltung	37,9	34,4	30,8	41,4	32,4	22,5
Abzug der ukrainischen Armee aus den Regionen Donezk und Luhansk	23,6	4,3	7,2	19,4	29,8	54,2
Gewährung des Status einer Staatssprache für die russische Sprache	21,9	7,9	11,4	32,2	24,7	29,7
Schwer zu sagen	21,4	22,9	29,7	11,8	7,2	2,7
Gewährung einer Sonderautonomie innerhalb des ukrainischen Staats für die Luhansker und Donezker Regionen	18,3	4,5	12,2	20,9	12,8	34,6
Amnestie für alle an den militärischen Kämpfen im Donbass Beteiligten, die keine strafrechtlich relevanten Taten begangen haben	17,6	16,9	13,1	25,6	8,2	15,6
Ablehnung der Perspektive auf NATO-Mitgliedschaft, Festschreibung der Neutralität in der Verfassung	9,9	0,7	3,2	14,3	8,8	23,7
Abspaltung des Donbass (der Donezker und Luhansker Republiken) von der Ukraine	9,8	2,4	2,4	9	11,7	22,6
Einführung des Föderalismus in der Ukraine	8,3	0,5	2,4	8,1	11,4	18,9
Offizielle Anerkennung der Vorsitzenden der Donezker und Luhansker Republiken als legitime Vertreter der Regionen Donezk und Luhansk	6,3	0,5	1,7	10,4	5,3	15,4
Ablehnung der Perspektive auf EU-Mitgliedschaft	5,6	0	1,1	8,5	8,8	10,5
Amnestie für alle an den militärischen Kämpfen im Donbass Beteiligten	5,4	1,4	2,2	6,6	8	8,1
Keiner dieser Kompromisse ist akzeptabel	5,2	7,2	6,2	3,3	2,4	0,3
Sonstiges	0,9	0,7	1	0,5	0	1,2

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.035 Menschen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Region Luhansk) befragt. Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie vom 12. bis zum 21. September 2014, <<http://www.dif.org.ua/ua/events/stavlennjcina-miru.htm>>

CHRONIK

29. September – 12. Oktober 2014

29.09.2014	Separatisten greifen den von ukrainischen Einheiten gehaltenen Flughafen von Donezk an. Bei den Schusswechseln kommen neun Soldaten ums Leben.
29.09.2014	Der Sprecher des ukrainischen Nationalen Sicherheitsrates erklärt, in den vergangenen zwei Tagen seien bei Gefechten 50 separatistische Kämpfer getötet worden.
29.09.2014	In Donezk kommen fünf Zivilisten bei Gefechten ums Leben.
29.09.2014	Der russische Staatsbürger Stanislav Timofeev, der nach eigenen Angaben freiwillig die »Volksrepublik Luhansk« unterstützt und dort den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidet, kommt in einem Gefecht ums Leben.
29.09.2014	Die EU gibt offiziell bekannt, dass die Implementierung der Freihandelszone mit der Ukraine verschoben werde. Mitte September 2014 hatten sich die EU, die Ukraine und Russland auf eine spätere Umsetzung des Assoziationsabkommens geeinigt.
30.09.2014	Die Vereinten Nationen geben bekannt, dass sich innerhalb der Ukraine etwa 300.000 Menschen auf der Flucht vor den kriegesischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine befinden.
30.09.2014	Nach dem Beschuss eines Wohngebäudes in Popasna berichtet der Pressedienst der Luhansker Gebietsverwaltung von einem toten und zwei verletzten Zivilisten.
30.09.2014	Russland verlegt nach Informationen des ukrainischen Nationalen Sicherheitsrates weitere Truppen an die ukrainische Grenze.
30.09.2014	Im von Separatisten gehaltenen Luhansk nehmen Schulen und Kindergärten ihre Arbeit wieder auf.
01.10.2014	Dmytro Sadownik, ehemaliger Kommandant der aufgelösten Spezialeinheit Berkut, soll zum ersten Mal vor Gericht erscheinen und bleibt der Anhörung fern. Er wird angeklagt, während der gewaltsamen Proteste in Kiew im Februar 2014 39 Menschen erschossen zu haben. Sein Anwalt macht gesundheitliche Probleme für sein Nichterscheinen verantwortlich.
01.10.2014	Die ukrainische Regierung tritt von einer Vereinbarung mit Russland zum Bau eines Übergangs zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel Krim zurück. Russland hatte die Krim im März 2014 annektiert.
01.10.2014	Bei anhaltenden Gefechten in Donezk kommen neun Zivilisten ums Leben, 30 werden verletzt.
01.10.2014	Der slowakische Energiekonzern SPP erklärt, dass die Gaslieferungen aus Russland um 50 % reduziert worden seien. Die Slowakei hatte sich bereit erklärt, russisches Gas aus Europa in die Ukraine umzuleiten. Später erklärt der Konzern, dass die Engpässe nicht zu einem Lieferstopp des versprochenen Gases führen würden.
01.10.2014	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft sowohl den Separatisten als auch den ukrainischen Streitkräften im Osten der Ukraine vor, bei Gefechten Opfer in der Zivilbevölkerung fahrlässig in Kauf zu nehmen.
02.10.2014	Das Stadtzentrum von Donezk wird beschossen. Dabei kommt ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes ums Leben.
02.10.2014	Die parlamentarische Versammlung des Europarates verabschiedet eine Erklärung, in der sie die Anwesenheit regulärer russischer Soldaten in der Ukraine bestätigt und Russland auffordert, seine Streitkräfte abzuziehen.
02.10.2014	Laut dem Sprecher der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Streitkräfte, Wladislaw Selesnjow, steht der Flughafen von Donezk seit den Morgenstunden unter heftigem Beschuss durch separatistische Truppen.
02.10.2014	Die russischen Strafverfolgungsbehörden ermitteln gegen den ukrainischen Verteidigungsminister Walerij Heletej und andere hohe Beamte. Sie werfen ihnen die Organisation von Morden mithilfe von »Methoden des Genozids« vor.
02.10.2014	Ein Soldat kommt bei Gefechten ums Leben, 18 werden verletzt.
03.10.2014	Zwei Soldaten kommen im Osten des Landes bei Gefechten mit Rebellen ums Leben. Ein weiterer wird beim Sturm der Separatisten auf den Flughafen in Donezk getötet.
03.10.2014	Der ukrainische Energiekonzern Naftohaz gibt bekannt, dass ein Vertrag mit dem norwegischen Gasversorger Statoil geschlossen wurde. Lieferungen norwegischen Gases über die Slowakei hätten bereits am 1. Oktober 2014 begonnen.
03.10.2014	Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat den Tod eines Mitarbeiters in Donezk durch Granatenbeschuss bestätigt.

04.10.2014	Die Vereinten Nationen veröffentlichen neue Schätzungen zum Krieg in der Ostukraine. Den Kämpfen sind danach bereits über 3.600 Menschen zum Opfer gefallen. 380.000 Menschen sind in andere Regionen der Ukraine geflohen, 426.000 Menschen haben sich in benachbarte Staaten gerettet, mehrheitlich nach Russland.
04.10.2014	Vertreter der OSZE, Russlands und der Ukraine beginnen mit der Einrichtung einer 30 Kilometer breiten Pufferzone zwischen den Kriegsparteien in den Gebieten Donezk und Luhansk. Die Zone ist Teil der am 5. September 2014 getroffenen Vereinbarungen in Minsk. Da die Waffenruhe nicht durchgehend eingehalten wurde, verzögern sich die Arbeiten, erklärt ein Sprecher des ukrainischen Sicherheitsrates.
04.10.2014	In Suhres im Gebiet Donezk explodiert eine Blindgänger-Granate. Zwei Schulkinder kommen ums Leben, fünf weitere werden verletzt.
04.10.2014	In Donezk werden zwei Zivilisten durch Granaten getötet.
05.10.2014	In Donezk kommt ein Zivilist ums Leben.
05.10.2014	Bei Angriffen separatistischer Truppen werden zwei Soldaten der ukrainischen Armee getötet.
06.10.2014	Das Ministerkabinett veröffentlicht eine Liste russischer Unternehmen, gegen die ukrainische Sanktionen erlassen werden können, wenn Russland seinerseits Zollbeschränkungen einführt. Russland hatte das für den Fall angekündigt, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU früher als Mitte September ausgehandelt in Kraft tritt.
06.10.2014	Bei bewaffneten Auseinandersetzungen kommt ein Soldat der ukrainischen Armee ums Leben.
06.10.2014	Die ukrainische Nationalbank prognostiziert, dass das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im laufenden Jahr um 8,3% schrumpfen werde.
06.10.2014	Die Leiche des am 29. September 2014 entführten Krimtataren Edem Asanow wird in Ewatoria auf der Krim gefunden. Der ehemalige Vorsitzende des Medschlis der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, erklärt auf einer Sitzung des Europarates, dass seit der Annexion der Krim durch Russland 18 Krimtataren entführt worden seien.
06.10.2014	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, die EU-Kommission sei bereit, für die Bezahlung der ukrainischen Gasschulden beim russischen Energiekonzern Gazprom in Höhe von 3,1 Milliarden US-Dollar zu garantieren.
06.10.2014	Die ersten zwei Drohnen zur Überwachung des Waffenstillstands in der Ostukraine sind in der Ukraine angekommen, teilt OSZE-Sprecher Michael Botsyurkiw mit.
07.10.2014	Bei Gefechten in der Nähe von Starohnativka im Gebiet Donezk kommt bei Gefechten ein ukrainischer Soldat ums Leben.
07.10.2014	Eine Mehrheit von Abgeordneten stimmt in erster Lesung für ein Gesetz zur Einrichtung einer Behörde zur Korruptionskontrolle.
07.10.2014	In einer landesweiten Umfrage des Razumkov-Zentrums erklären 46% der Befragten, dass die gegenwärtige politische Führung nicht in der Lage sei, die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine zu garantieren. In einer weiteren Umfrage sprechen sich 49% für die Wiedererlangung des Status einer Atommacht aus. 27% sind dagegen.
08.10.2014	Trotz des am Vortag erneut ausgerufenen Waffenstillstands wird auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« immer wieder geschossen. In Donezk kommen drei Zivilisten ums Leben.
08.10.2014	Verteidigungsminister Walreij Heletej reicht Klage gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ein. Sie habe ihm fälschlicherweise vorgeworfen, mit Waffen zu handeln und auch an die Separatisten im Osten der Ukraine Waffen verkauft zu haben. Heletej verlangt von Timoschenko eine Entschuldigung.
08.10.2014	In Donezk schlägt eine Granate in einem Supermarkt ein. Acht Menschen sterben, neun werden verletzt.
09.10.2014	Das neugewählte Parlament auf der von Russland annektierten Krim bestätigt einstimmig Sergej Aksenow im Amt des Vorsitzenden des Ministerrates der Regionalregierung.
09.10.2014	Beim Beschuss von Wohngebieten in Donezk kommen fünf Zivilisten ums Leben. Der Donezker Stadtrat beschuldigt die Separatisten, die Attacke geführt zu haben.
09.10.2014	Ein Soldat kommt bei Kämpfen auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« ums Leben.
09.10.2014	Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates erklärt, ukrainische Geheimdienste besäßen Informationen, dass russische Kräfte ukrainisches Kriegsgerät von der Krim in den Donbass transportiert hätten.
09.10.2014	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Lustrationsgesetz zur Überprüfung hoher Beamter in der nationalen und regionalen Verwaltung auf Korruptionsaffären.

09.10.2014	Ein Zivilist kommt in Donezk bei Gefechten ums Leben.
09.10.2014	Mykolaj Starosud, Richter am Berufungsgericht in Donezk, wird entführt. Das Gericht beschuldigt die Separatisten.
09.10.2014	Der Kiewer Stadtrat verabschiedet eine Verordnung, die für alle russischen Waren, die in der Hauptstadt verkauft werden, eine spezielle Markierung vorschreibt.
10.10.2014	Laut einer Umfrage der GfK-Gruppe haben 72 % der Ukrainer vor, sich an den für den 26. Oktober 2014 angesetzten Parlamentswahlen zu beteiligen.
10.10.2014	Der Internationale Währungsfond beziffert die Auslandsschulden der Ukraine auf 102 % des Bruttoinlandsprodukts.
10.10.2014	Die nächste Runde der Verhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU über die Gaslieferungen in die Ukraine wird für den 21. Oktober 2014 angesetzt. Sie soll in Berlin stattfinden.
10.10.2014	Der sogenannte Oligarch Serhij Taruta wird als Gouverneur des Gebiets Donezk abgesetzt. Präsident Petro Poroschenko ernannt den General Oleksandr Kichtenko zu Tarutas Nachfolger.
11.10.2014	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, dass die schwere Artillerie innerhalb von drei Tagen von der Frontlinie abgezogen werde. Dies war Teil des Minsker Memorandums, das die Kriegsparteien am 5. September 2014 unterzeichnet hatten.
11.10.2014	Bei einem Schusswechsel zwischen der ukrainischen Armee und Truppen der Separatisten kommt ein Grenzschützer ums Leben.
11.10.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin befiehlt, an der Grenze zur Ukraine für eine Militärübung stationierte Truppen abzuziehen.
12.10.2014	Verteidigungsminister Walreij Heletej reicht seinen Rücktritt ein. Präsident Petro Poroschenko nimmt das Gesuch an.
12.10.2014	In Donezk erleiden zwei Zivilisten Granatsplitterwunden.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kasachstan im Ukraine-Konflikt: Zentralasien-Analysen 81

Balanceakt im Ukraine-Konflikt – Kasachstan will seine Eigenständigkeit wahren

Von Edda Schlager, Almaty



Zwar ist Kiew weiter von Astana entfernt als von Berlin, dennoch sehen Bürger wie auswärtige Beobachter Kasachstan von den Ereignissen in der Ukraine besonders betroffen. Grund ist der gemeinsame übermächtige Nachbar Russland, mit dem beide Staaten eine lange gemeinsame Geschichte und Grenze sowie eine große russische Minderheit verbindet. Bislang gibt es keine wirklich beunruhigenden Anzeichen. Innerhalb des Landes treten die Unterschiede zwischen Russen und Kasachen verbal stärker zutage, separatistische Tendenzen sind aber nicht zu beobachten. International versucht Präsident Nasarbajew seine bewährte Politik der guten Beziehungen nicht nur zu Russland, sondern auch der Ukraine, dem Westen und China fortzuführen. Zwar hörte die Autorin bei ihren Gesprächspartnern in Kasachstan viele Bedenken, wenn nicht Ängste, vor zukünftigen Entwicklungen, doch sieht sie durchaus Chancen, dass Kasachstan zu einem Stabilitätsanker der Region werden kann.

Die Zentralasien-Analysen 81 mit diesem Artikel können unter <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen81.pdf> heruntergeladen werden.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>